





massenhaft Werbearbeit für unsere Presse zu machen. Im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Presselages und der Werbekampagne überhaupt, müssen die kommunistischen Parteien daran gehen, das Pressewesen entsprechend den bisherigen Erfahrungen und den Erfordernissen der Volkswirtschaftsarbeit um- und auszugestalten."

Zum Schluss stellt das Rundschreiben des Zentralkomitees dann fest: "Die allgemeinen Parteiarbeiten der Propaganda, Agitation und Organisation gehen wie bisher weiter, nur das unmittelbare Ziel ändert sich. Wenn wir sonst als konkretes unmittelbar zu erreichendes Ziel eine Betriebsversammlung, eine Demonstration, einen Streik stellen, wenn wir sonst für unsere Parteien unter den Massen in den Betrieben warben, so darf diese Tätigkeit nicht aufhören, nur das unmittelbare Ziel ist jetzt möglichst viele Leser für die Parteipresse zu werben."

Die aktive Arbeit in den Gewerkschaften, in den Betrieben, in anderen Organisationen, die Arbeit, die uns Erfolg sichert, die aus der Vertretung der Arbeitermassen zuwendet, diese Arbeit ist die Voraussetzung für den Erfolg jeder Kampagne — sei es eine Wahl oder eine Werbekampagne für die Zeitung."

Ueber die Durchführung dieser internationalen Werbekampagne in Schlesien und Oberschlesien in den nächsten Tagen mehr.

### Lohnkämpfe

(Eigene Berichte)

Berlin. Im Lohnstreik bei der deutschen Tafelglasindustrie wurde durch eine Schlichtungskammer im Reichsarbeitsministerium ein Schlichtungsbeschluss gefasst, der eine neue Regelung der Löhne vorsieht. Beide Parteien haben den Schlichtungsbeschluss angenommen. Die auf einer größeren Reihe von Tafelglasfabriken streikenden Belegschaften nahmen die Arbeit am 19. d. M. wieder auf.

Berlin. Die Angestellten der Berliner Metallindustrie protestierten in einer Kundgebung gegen die Berliner Metallindustriellen, die jede Verhandlung im Lohnkonflikt ablehnen bzw. die Verhandlungen reaktionär verlaufen lassen. Die Angestellten fordern Vorgehen mit den stärksten wirtschaftlichen Mitteln.

Berlin. Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband hat das Lohnabkommen für die Räumerei- und Regie-Arbeiter genehmigt und fordert 10 Pfg. Lohnerhöhung.

Bielefeld. Im Lohnstreik der Bielefelder Metallindustrie wurde folgender neuer Schlichtungsbeschluss gefasst: Der Stundenlohn der Arbeiter erhöht sich um 8 Prozent unter Einrechnung einer Reihe von Zulagen. Für die Arbeiter der übrigen Lohnklassen tritt eine Erhöhung von 5 Prozent ein. Die Verdienste der Arbeiter werden nach dem Minutenabrechnungssystem pro Stunde berechnet. Arbeiter, welche bis 60 Minuten erreichen, erhalten eine Zulage von 6 Proz., für jede weitere Minute vermindert sich die Zulage um 1 Prozent, so daß sie für Arbeiter, die bis 74 Minuten erreichen, nur noch ein Prozent beträgt. Dieses unerhörte Anreizsystem wird scharf von allen deutschen Arbeitern warm begrüßt.

### Deutschnationale zum Sicherheitsball

(Eig. Drahtb.) Hamburg, 21. Sept.

Die Parteiliche des Landesverbandes Hamburg der Deutschnationalen Volkspartei hat zur polizeilichen Lage eine öffentliche Erklärung abgegeben, die der Präsident der Reichsversammlung der deutschen Deutschnationalen, Datin, die Sicherheitspolitik Stresemanns auf das Schärfste mißbilligt und von der Deutschnationalen Volkspartei gefordert, daß sie auf keinen Fall an den Verhandlungen teilnimmt, bevor ein Widerruf der Kriegsschuldfrage stattgefunden habe, die allgemeine Abrüstung und Räumung des besetzten Gebietes vollzogen sei. Die Preisgabe deutschen Landes sei und bleibe ein Verrat an Volk.

# Oberschlesien und Waldenburg vor dem Ausschuss des Preussischen Landtags

(Von unserem Korrespondenten.)

(Eig. Drahtb.) Berlin, 21. September.

Vor dem Ausschuss des preussischen Landtages für Öffnungsgesetz und der wirtschaftlichen Not in Oberschlesien beschäftigten.

Von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten trafen alle Redner vor Liebe und Mitleid für die armen Oberschlesier. Die Herren wissen, daß sie nichts beschließen und zu geben brauchen. Ihre Agitation ist daher so durchsichtig als auch deutlich.

Eine Reihe Anträge wurden dem vom Ausschuss gebildeten Unterausschuss zur Bearbeitung überwiesen. Keine Stelle fällt sich für zuständig. Man streitet sich, ob das Reich oder der Staat verantwortlich und zum Zahlen verpflichtet ist. Die Kreise, die das ober-schlesische arbeitende Volk durch jahrelange nationalsozialistische Ostmarkenpolitik, Kriegsverbrechen und Plebiszitschwindel ins Elend gestürzt haben, laufen heute vor Mitleid über.

Die Not in O.-S. ist der typische Beweis der kapitalistischen Wirtschaft und ihres Systems. Die deutsche Bourgeoisie kann ihre Arbeitsmaschinen nicht mehr ernähren, kann ihnen keine Unterkunft beschaffen. Sie hat ohne Rücksicht auf die breiten Schichten der Arbeiter, Bauern und Kleinrentner jahrzehntlang die Profit- und Geldlappigkeit getrieben und heute sollen Parlamente, Ausschüsse und Unterausschüsse den Geldsack vor der Abrechnung schützen.

Schon längst hat die ober-schlesische proletarische Klasse eingesehen, daß die Parlamente die Ruffisse für das Handwerk der Arbeit den Gedanken der Befreiung des Proletariats durch die Eroberung der politischen Macht noch tiefer in die Hirne der unterdrückten Schichten hämmern.

Der kommunistische Abgeordnete Tendorff hat auch heute im Ausschuss darauf hingewiesen, daß die Kommunisten sich nicht der Hoffnung hingeben, daß die kapitalistischen Regierungen von Preußen und Deutschland würden für die notleidenden Schichten etwas tun, sie beweisen täglich praktisch das Gegenteil. Sie Kommunisten glauben auch nicht daran, daß der deutsch-nationale Abgeordnete Graf Garnier-Zurawne seine Güter in Höhe von 35 000 Morgen zugunsten der ober-schlesischen Notleidenden aufteilen wird.

Das muß die Arbeiterklasse selbst besorgen. Sie muß sich einheitlich hinter der kommunistischen Partei zusammenschließen. Sie rote Klassenfront des Proletariats schließen und alle Vorbereitungen zur Durchführung der sozialen Revolution und damit zur Befreiung des Proletariats schaffen.

### Sozialdemokraten für die Hohenzollern

(Von unserem Korrespondenten.)

Berlin, 21. September.

Die Verhandlungen im Preussischen Landtag vor dem Ausschuss für öffentliche Grenzgebiete zeigen, daß alle Pläne wider darauf hinauslaufen, die hierfür erforderlichen Mittel einzuzugeln und allein auf Kosten der Arbeiter herbeizustellen.

Der Jah gegen die Polen bringt dabei eine besondere Gemütsregung aller Parteien zustande. Diese hysterisch geschürte Hege und Pogromstimmung muß letzten Endes dazu führen, daß den Nationalisten in Polen sowohl als auch in Deutschland der Kampf schwallt und die Arbeiter werden wieder die Spitze zu heischen haben. Daß sich die Sozialdemokraten dabei besonders hervortun, ist nicht anders zu erwarten. Aber ein starkes Stück leistete sich diese Partei, indem sie einen von unserer Fraktion eingehenden Antrag ablehnte, der die Enteignung des Hohenzollernschen Bodens verlangte. Damit sich aber auch diese Schleppenträger der Reaktion den nationalsozialistischen Anträgen, welche verlangen, daß Mittel aus der produktiven Gewerkschaften für die Verfügung gestellt werden. Sie stimmten ferner mit den Deutschnationalen dafür, daß diejenige Grundbesitzer, die einmal ein paar Morgen zur Anpflanzung freiwillig zur Verfügung gestellt haben, in Zukunft

von den Bestimmungen des Reichs-Siedlungsgesetzes betreffend Enteignung verschont bleiben sollen.

Ein kommunistischer Antrag, der verlangt, daß öffentliche Grundstücke nur denjenigen Pflanzern gegeben werden sollen, die ohne fremde Arbeitskraft arbeiten, erlitt daselbe Schicksal. Genosse Schulz betont, daß die kommunistische Fraktion es ablehnen müsse, ihre Zustimmung zu den nationalsozialistischen Anträgen zu geben, die mit den Mitteln der produktiven Gewerkschaften für die armen Arbeiter in Oberschlesien nur für die den Massen arbeitslosen Rentner wieder festigen wollen.

Bei Beratung der geplanten Beschäftigung Schlesiers durch den Ausschuss und Regierung verlangt Genosse Schulz, daß man die Beschäftigung auch auf das Waldenburg-Neuroder Gebiet ausdehnen soll. Demzufolge wird beschlossen, auch Waldenburg in die Beschäftigung einzubeziehen.

Wie wir erfahren, sind für die Beschäftigung Oberschlesiens drei Tage in Aussicht genommen, für Waldenburg-Neuroder zwei Tage, und zwar kommt für Oberschlesien in Frage die Beschäftigung des Orengrubens, sowie Hindenburg und Kattow. Im Neuroder Gebiet sollen Ludwigsdorf und Mälke und im Waldenburger Gebiet Dittersbach, Hermsdorf sowie Waldenburg-Altwasser beschäftigt werden.

### Vertrufung der Schwerindustrie in Oberschlesien

(Von unserem wirtschaftl. Mitarbeiter.)

In Oberschlesien vollzieht sich augenblicklich eine Zusammenballung schwerindustrieller Kräfte, die von großer Bedeutung für die zukünftige Gestaltung der Verhältnisse werden kann. Den Anstoß gab die Orengrubener Eisenwerke, die Orengrubener Eisenbahnbetriebs A. G. von ihren Kohlen- und Halbleistungen, namentlich der Friedensgrube und der Friedenshütte, abgetrennt, während die ober-schlesische Eisenindustrie A. G. umgekehrt zwei wichtige weiterverarbeitende Werte, die Bailborn-Hütte und die Silesia, verlor. Das hat diesen beiden Gesellschaften die Veranlassung zum engen Zusammenschluss, um sich gegenseitig zu ergänzen. In diese Konzentration wurden aber noch andere sehr wichtige Betriebe hineingezogen, zunächst die Karo-Hegenscheidt A. G., die von der Oberschlesischen Eisenindustrie kontrolliert wird. Ebenfalls steht dieser Gesellschaft nahe die Sonnensmarchhütte, mit ihren großen modernen Kokereien und Hochofenanlagen. Wie gemeldet wird, hat die preussische Regierung, die die Hauptkreditgeberin dieser Firmen ist, einen Druck auf ihre Schuldner ausgeübt, um den Zusammenschluss zu beschleunigen.

Die Linde-Hofmann-Lauchhammer A. G. beruft nur eine Generalversammlung ein, um die ober-schlesische Eisenindustrie und die Eisenbahnmaterialeisenanstalt zu vereinigen und anzugliedern. Die Linde-Hofmann-Werke hatten schon lange die Aktienmehrheit in ihrem Besitz.

Da die Linde-Hofmann-Werke mehr als 50 Prozent des neu zu gründenden ober-schlesischen Eisenwerks in ihren Händen halten werden, so läuft das ganze Geschäft darauf hinaus, die Macht dieses großen Trustes auszuweihen. Bekanntlich bilden die Linde-Hofmann-Werke die Hauptwerkstoffbasis des AEG-Konzerns, während der Siemens-Konzern seine Grundlage im Ruhrgebiet hat. Die Konzentration der Kohlenstoffinteressen in Oberschlesien läßt darauf schließen, daß die AEG weiter um die Vorherrschaft am deutschen Strommarkt kämpfen wird und daß sie vielleicht den gegenwärtigen Zeitpunkt, da der Stimmkonzern durch den Stimmzusammenbruch geschwächt ist, zu mancherlei Vorstößen auszunutzen geteilt ist.

### Salbe Amnestie in Bremen

(Eig. Drahtb.) Bremen, 21. Sept.

Die Bremer Bürgerschaft nahm in ihrer gestrigen Sitzung die vom Senat vorgelegte Amnestievorlage an. Alle weitergehenden Anträge der Kommunisten wurden abgelehnt.

# TASCHKENT

## DIE BROTREICHE STADT

### ALEXANDER NEWEROW

25 NEUER DEUTSCHER VERLAG — BERLIN W 8

„Am Tage kann man's nicht machen, man würde es merken.“ Eine riesenhafte Wolke sah heran, verdeckte die Sonne, sah wie ein schwarzer Vorhang über den Zug. Der vollbelegte Zug geht direkt auf die Wolke los, zerbröckelt sie mit keinen Pfiffen, Schreit, lärm, kann ihr nicht entfliehen. Entweder weil die Wolke auf ihm lastet oder weil es herangeht. Die Räder hören auf zu hüpfen, die Wagen hören auf zu schaukeln. Den Schwanz weiß hinter sich fiedelnd, hängt der Zug an, langsam zu fahren, bereit, jeden Augenblick stehen zu bleiben. Auf einmal ergießt sich aus einem ungeheuren Wassertrichter, harter Regen. Die Tropfen trommeln auf das schwarze, abgewetzte Dach. Die Bauern drücken sich ineinander. Unbeweglich sitzen auch Mischla und Trofim unter Trofims Baldach. Nur die tote Frau lag noch immer mit dem Gesicht nach oben, mit toten, unbeweglichen Augen, die sich mit zerrn und als diese sehen sah über die Steppe verstreuten und die letzten Wassertrichter fallen liegen, kam ein fester, kalter Abend.

Wichtig kein laute vorne eine kleine Station an. Durch ein nasses Tal gegen Kamele. Ueber einem Hügel liegt Kamele ein Dorf. Trofim, dessen nackter Körper zitterte, fragte Mischla: „Woher da?“ „Und da?“ „Ich frage etwas.“ „Ich auch etwas.“ „Ich habe Hunger“, sagte Trofim. „Ich auch“, geknurrte Mischla. „Kamst du anhalten?“ „Und da?“ „Hab schon zwei Tage angehalten.“ Mischla wollte den Kameraden nicht nachsehen und schaute über den Kopf. „Wir werden schon anhalten.“ Da die Station sprangen die Bauern hastig herunter. Auf dem Wagendach blieben nur Mischla und Trofim und die tote Bauersfrau mit den gelben, entblöhten Zähnen. Der volle Mond, der über der Station aufging, überzog den toten Körper mit seinem milden Licht, leuchtete in den offenen Mund. Mischla wurde unheimlich, doch Trofim sagte ruhig: „Wir wollen lieber nicht hinuntersteigen. Ist man gesprungen, kommt man so leicht nicht wieder auf ein Dach. Bleiben wir auf dieser Station stehen, geht es uns noch schlimm. Hast du Angst vor Toten?“ „Und du?“ „Warum soll ich Angst davor haben? Sie können doch nicht aufstehen.“ Der Zug hielt nicht lange. Neben der Lokomotive wurde mit der Laterne gewinkt, die Passagiere schlugen einander und in die Nacht. In die kalte Feuchtheit hinein fuhren schwerfällig die Wagen los und die Räder spielten träge.

Das letzte Haus flog vorbei. Trüben Auges sah die letzte Laterne nach. Ueber den Wagen hing die gelbe Glase des kalten Mondes. „Es ist kalt!“ sagte Trofim. „Amarmen wir uns.“ Mischla klopfte den nassen Rod auf, und Trofim unter seiner Baldachie umarmte ihn fest mit zitternden Armen, drückte seinen Bauch an Mischlas Bauch, die Brust an Mischlas Brust. Ebenso fest umarmte Mischla den Kameraden, schlug die Rodhöhe über Trofims Rücken zusammen, und in der kalten, bunten Nacht einander ins Gesicht atmend, einander vor dem Lode stehend, fuhren sie auf dem Wagendach, ein kleines, zweifüßiges Anmaß, verschmolzen durch den einen, unbegleiteten Wunsch, sich um jeden Preis durchzubissen.

„Wir ist wärmer geworden“, sagte Trofim. „Wir ist auch wärmer“, bekräftigte Mischla. „Atme mir ein wenig auf die Wade.“ „Und da mir.“ „Hau.“ In einem kurzen Augenblick weg die nie gekannte Freude warmer Fremdschaft diese zwei Herzen höher schlugen. Die Freude kam nicht in Worten zum Ausdruck, sie fuhren schweigend, doch beide empfindend, wie gut es tat, wieviel weniger schrecklich es war, zu zweit zu sein.

Und die tote Frau, die ihnen keine Angst mehr machte, schien zu lachen: „So Kinder, so!“

26.

Am Morgen suchten sie Mischlas Rod auf einer groben Argonisation zu verkaufen. Trofim sagte zum letzten Male im Ton eines erfahrenen Menschen: „Verlange viertausend.“ „Gibt man so viel?“ „Wenn nicht, läßt du nach. Als erster werde ich mit dir handeln. Lobe deine Ware gut, und schimpf mich aus, wenn ich zu wenig biete. Versteht du? Geh dort zu dem Menschenhaufen.“ Mischla begab sich in das bunte Marktdickicht hinein, hielt den väterlichen Rod über dem Arm, Trofim näherte sich ihm von der Seite: „Ruf lauter.“ Mischla schwang den Rod. „Se, kauf! Ich verkaufe billig!“ Trofim ließ ihn etwas vorgehen, trat dann auf ihn zu, fragte laut: „Salt! Mienel verlangst du?“ „Du wirst doch nicht laufen“, antwortete Mischla. „Woher willst du's wissen?“ „Salt kein Geld.“ „Salt du mein Geld gezählt?“ „Man sieht es dir an.“ Trofim stellte sich böse. „Se, du kleiner Strohk. Sag, was du verlangst?“ „Viertausend!“ „Nicht weniger?“ „Ist ja billig genug, der Rod ist nicht alt.“ Mischla und Trofim standen mitten im bunten Marktgewühl einander gegenüber, stritten laut, um die Aufmerksamkeit auf den Rod zu lenken, aber niemand, kein einziger Mensch blieb in ihrer Nähe stehen. Ab und zu warf der ober jener einen Blick auf sie, wandte sich aber gleich ab. Kopfschüttelnd sagte Trofim: „Das sind gerissene Teufel! Die wird man nicht überlisten.“ Die frohliche Stimmung begann schon zu sinken. Der Rod schien schlecht. Ausdruckslos, verzweifelt dachten die beiden: Den wird man weder für tausend noch für fünfshundert Rubel los. Da trat ein junger Argonier an sie heran, etwas größer als Trofim, und richtete seine schwarzen, glänzenden Augen auf die Kinder.

(Kontinuation folgt.)



# Der englische Imperialismus in Arabien

Von Karl Radel

Während die Augen der gesamten Welt auf den bevorstehenden Entwicklungskampf in Marokko und auf die Verhandlungen, die zwischen den Alliierten und Deutschland über den Gesamtvertrag geführt werden, gerichtet sind, geht in Vorderasien eine ganze Reihe von Ereignissen vor sich, die nicht nur eine große Bedeutung haben. Das Wichtigste von ihnen ist nicht der Zustand der Araber in Syrien, sondern das Vordringen der Engländer in Arabien, das einen neuen, entscheidenden Schritt der englischen Regierung auf dem Wege zur Schaffung einer arabischen Kolonie Englands darstellt, die Ägypten mit Indien verbindet.

Um die letzten Vorgänge in Arabien besser zu verstehen, muß man kurz die Geschichte der arabischen Frage während des Krieges und nach dem Krieg in Erinnerung bringen. Im Jahre 1916 schlossen die Engländer mit den Franzosen einen Vertrag, auf dessen Grundlage Frankreich Syrien und das Gebiet von Mossul erhalten sollte. Das ganze übrige Arabien mit Ausnahme von Palästina sollte unter das Zepher des Königs von Hedhas, Husain, gelangen und die Einflusphäre Englands darstellen. Schon dies bedeutete eine Teilung Arabiens, dessen Bevölkerung die Engländer während des Krieges als Kanonensplitter ausnützen wollten. Nach dem Siege über die Türken lebten die Engländer unter Ausnützung der vorübergehenden Besetzung Syriens durch ihre eigenen Truppen den Sohn Husains, Feisal, auf den Thron Christiens und bereiteten damit die Vernichtung des erwähnten Vertrages vor.

Gleichzeitig entdeckte England in seinem Herzen eine große Liebe zum jüdischen Volk. Nach den amtlichen Legenden, die der Wirklichkeit ebensowenig entsprechen wie die biblischen Legenden über das auserwählte Volk, hat der Führer der Zionisten, Weismann, den allen Jhnlker Balsam von der Notwendigkeit überzeugt, dem Wanderleben der Juden ein Ende zu machen und für sie eine Heimstätte in Palästina zu schaffen, das von Arabern bevölkert ist. Es versteht sich von selber, daß die englischen Absichten, Hedhas den Saft für die Vereinigung Arabiens dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß den Juden ein Teil des arabischen Gebietes zur Verfügung gestellt wurde, sehr bestimmte imperialistische Interessen zur Ursache hatten. Man wollte nur nicht geradeheraus sagen, daß England Palästina dazu in Besitz nehme, um noch eine Position für die Beherrschung der arabischen Halbinsel zu besitzen. Deshalb war es am Platze, die Rolle der Wohltäter zu spielen, die für die Juden Mitgefühl haben.

Auf diese Weise schloß England, mit dem Mandate zur Schaffung des Jüdischen Staates den Kreis. In den Händen seiner Vasallen, der Familie Husains, besaß sich ganz Arabien. Aber die Franzosen vernichteten die englischen Pläne. General Gouraud, der auf Grund des Vertrages von San Remo in Syrien eintrifft, vertrieb ganz einfach Seine Majestät den König Feisal. Darauf lebten die Engländer diesen Sohn Husains zur Unterstützung für die erlittenen Verluste auf den Thron des Irak, nachdem sie vorher den Franzosen Mossul weggenommen und sie hierfür mit 25% der künftigen Ausbeute von Kohöl entschädigt hatten. Die Engländer hielten jedoch diese Lösung nicht für endgültig. In Transjordanien aus, wo sie den zweiten Sohn Husains, Abdallah, als König eingesetzt hatten, führten sie eine ununterbrochene Mitterarbeit gegen ihre französischen Verbündeten in Syrien.

Die später folgenden Änderungen ergaben sich daraus, daß der alte Husain sich als ein nicht mäßig gefordertes Werkzeug der englischen Politik erwies. Der König von Hedhas nahm die ihm von den englischen Agenten während des Krieges gegebenen Versprechungen, ein Vereinigtes Arabien zu schaffen. Die Reibungen, die zwischen ihm und der englischen Regierung entstanden, löste England sehr einfach. Es brachte gegen ihn Waffen in Anwendung, und noch dazu nicht einmal eigene. Die englischen Subventionen an Ibn-Saud, den Führer des Stammes der Wahabiten, die in Mittelarabien leben und mit der europäischen Kultur am wenigsten bekannt sind, entzündeten die alte Feindschaft zwischen den Wahabiten und Hedhas, die einen Kampf der Nomadenstämme von Mittelarabien und des handeltreibenden Hedhas um die Bestimmung der „Heiligen Stätten“ darstellt, die jahraus jahrein von Hunderttausenden von Arabern besucht werden, was den Beherrschern der Ortsherrschaft beträchtliche Einnahmen bringt.

Nachdem Ibn-Saud Husain besiegt hatte, verjagte er ihn aus seinen Besitzungen. Husain fand am Meerbusen von Akaba in den kleinen Städten Man und Akaba, Zuflucht. Dort auftauchende englische Kriegsschiffe überbrachten Husain den Vorschlag der englischen Regierung, auf die Insel Zypern im Ägäischen Meer zu übersiedeln, die sich unter englischer Schutzherrschaft befindet. Keinerlei Proteste halfen da. Der ehemalige Verbündete Englands fand sich eines Tages auf einem englischen Kriegsschiffe auf dem Wege nach Zypern. Am 17. Juni 1925 sprach England die Annexion der Städte Man und Akaba und deren Vereinigung mit Transjordanien aus, das heißt, es stellte sie unter englische Schutzherrschaft. Gleichzeitig kam die Eisenbahn, die nach Hedhas führt, bis zur Station Tebut in die Hände der Engländer.

Zugleich trat ein Regierungswechsel in Palästina ein. Im Jahre 1920 war unter allgemeinem Triumphgeschrei der jüdischen Presse zum Generalgouverneur in Palästina Sir Herbert Samuel, ein Jude und Zionist, ernannt worden.

Ungeachtet der Proteste der arabischen Bevölkerung hatte Sir Herbert Samuel eine Politik der Unterstützung der jüdischen Minderheit, eine Politik der Förderung der jüdischen Kolonisation geführt.

Seit, nach vier Jahren Arbeit, verschwindet Sir Herbert Samuel vom Schauplatz. Seine Stelle nimmt der englische General Plumer ein, ein Soldat, der nur die Interessen des englischen Imperialismus kennt. Für die Zionisten war die Ernennung des General Plumer eine ganz unerwartete Sache. Besteht irgendein Zusammenhang zwischen der Besitzergreifung von Akaba und Man und dem Regierungswechsel in Palästina? Ja, ein solcher Zusammenhang besteht, und zwar ist seine Bedeutung folgende:

Der Suez-Kanal befindet sich in Gefahr. Sein rechtes Ufer gehört Ägypten. Wie der Kampf um Ägypten ausgehen wird, ist unbekannt. Darum muß sich England rechtens eine Beschäftigung auf dem Landwege sichern, die den Suez-Kanal zumindestens für die Angruppierung von Truppen ersparen könnte. Die Eisenbahnlinie, die den Palästina-Hafen Jaffa mit Akaba verbindet und sich in den Händen Englands befindet, stellt die Verbindung zwischen dem Roten Meer und dem Mitteländischen Meer her. Außerdem droht die englische Presse mit dem Bau eines Kanals, der mit dem Suez-Kanal konkurrieren könnte, auf dieser Linie. Dies sind natürlich vorläufig nur Drohungen. Denn die Ausgaben für einen solchen Bau wären ungeheuer. Mit diesen Drohungen aber hofft England, auf die ägyptischen Nationalisten einzuwirken.

Zweitens wird der Bau einer Eisenbahnlinie von Akaba durch die Arabische Wüste nach Koweit vorbereitet, was die Verbindung zwischen dem Persischen Golf und die Schaffung eines Weges nach Indien bedeuten würde. Sowohl die Städte Jaffa-Akaba, die das Rote Meer mit dem Mitteländischen Meer verbindet, wie auch die Linie Akaba-Koweit würden die ungeheure Bedeutung besitzen, außer Gefahr zu sein, durch die Franzosen abgetrennt zu werden.

So arbeitet in dem Augenblicke, da der englische Imperialismus ungeheure Schwierigkeiten durchmacht, da der Boden in China unter seinen Füßen glänzt, England mit eiserner Tatsache an der Verstärkung seiner Stellung im Nahen Osten, an der Schaffung eines englischen Staates in Arabien.

Der gleichen Ursache entspringt der Kampf der Engländer um Mossul, der jetzt eine neue Welle durchmacht. Dies ist ein

Kampf um Kohöl, und nicht nur um Kohöl, sondern auch um Arabien. Die Berge Kurdistan beherrschen die Ebene des Irak. Ganz Kurdistan in den Händen der Türkei wäre eine Gefahr für die Herrschaft Englands in Mesopotamien, die mit dem Schieber des unabhängigen Königreiches Irak verdeckt wird. Die Kommission des Völkerbundes, die zur Untersuchung der Mosul-Frage eingesetzt wurde, hat eine sehr zweifelhafte Entscheidung gefällt: Wenn England sich verpflichtet, das Mandat im Irak 25 Jahre zu behalten, so möge es Mossul für sich behalten; wenn es dies nicht wolle, so möge Mossul wieder an die Türkei fallen.

Der „Daily Telegraph“, der sich über die Entscheidung in einem sehr erbosten Artikel ausgelassen hat, deutet an, daß bei dieser Entscheidung die Kohölmasse eine große Rolle gespielt hätte. Er verweist auf den ungarischen Grafen Zeseth, Zeseth-Anspielungen würden bedeuten, daß ungenügend der bestehende geschäftlichen Abmachungen zwischen der Türkei und dem englischen Kohölmittel und dem amerikanischen Kohölmittel. Standart Oil die Amerikaner nach wie vor gegen die Engländer in Mossul wühlten, denn eine andere Kohölgarbe, die den Engländern ihre Herrschaft über Mossul stützig machen, gibt es nicht.

Schwierigkeiten verursacht England natürlich nicht das Stück Papier, das sich Bericht der Kommission des Völkerbundes nennt, sondern die Tatsache, daß die arabische Bevölkerung des Irak eine Gegnerin des englischen Mandates ist, das heißt des englischen Imperialismus im Irak. Nur mit Hilfe der zynischsten Vergewaltigung des Parlaments des Irak, von Massenverhaftungen und Kriegsdrohungen ist es England gelungen, dem Irak die Anerkennung des englischen Mandates auf vier Jahre zu entreißen. Die Fortsetzung dieses Mandates um weitere zwanzig Jahre wird sehr schwierig sein. Aber die Engländer sind durch den Vorschlag der Kommission des Völkerbundes nicht gebunden und werden genug Wege finden, um dem Hund den Schwanz stückweise abzuschneiden, um vorläufig die Verlängerung des Mandates um einige Jahre zu erreichen, und das Weitere wird man ja sehen.

Während England seine Stellung auf der arabischen Halbinsel festigt, ist die Stellung Frankreichs in Syrien geschwächt. Der Zustand der Araber wäre an sich kein großes Ereignis. Die Araber, ein arabischer Stamm mit einer wenig erschrockenen Religion, die eine Mischung von Mohammedanismus und Christen-

tum darstellt, haben insgesamt eine Bevölkerung von 100.000 bis 150.000. Aber dieser Zustand, von dem die Welt zuerst etwas aus der englischen Presse erfuhr, geht zur gleichen Zeit vor sich, wie der Zustand in Marokko. Wenn der Kampf in Marokko sich hinzog, und es wird dem Marokkaner Betal schwerlich gelingen, den Zustand Abd el Krim vor dem Einsetzen der Regenzeit zu beenden, die diesem eine beträchtliche Notwendigkeit verschaffen wird — so mag sich die Aufgabe, mit dem Zustande in Syrien fertig zu werden, als schwierig erweisen. Die englische Presse fordert die englischen Behörden in Transjordanien und Palästina auf, alles zu vermeiden, was bei den Franzosen den Verdacht erregen könnte, daß sich hinter dem Zustande der Araber die Hand der Engländer verberge. Aber wer sich entschuldigt, sagt sich an. In jedem Falle weist die ganze Lage in Syrien darauf hin, daß es Frankreich nicht gelungen ist, dort den kräftigen Keil hineinzuschlagen, der gegen die englische Herrschaft in Arabien gerichtet ist.

Die Hoffnungen der Engländer auf Unterwerfung Arabiens durch militärische Maßnahmen sind jedoch auf Sand gebaut. Die Araber stellen ein sich in kultureller Beziehung entwickelndes Volk dar. Davon zeugen die arabische Presse und die arabische Literatur voll. Den Arabern genügen die Verbindungen untereinander nicht mehr. Sie waren bisher durch die Wüste, und durch die Verschiedenheit des Kulturkreises zwischen den Nomadenstämmen und den handeltreibenden Stämmen, getrennt. Der englische Imperialismus, der gescheitert ist, als er seine Karte auf den entwickeltesten Teil Arabiens setzte, sieht jetzt seine Karte auf den rückständigsten Teil, auf die Wahabiten.

Aber nach Maßgabe dessen, wie England durch den Bau von Eisenbahnen die Entrembung, die zwischen den arabischen Stämmen besteht, überwindet, schafft es zugleich den kulturellen Elementen der arabischen Welt das Übergewicht. Dort, wo sich die Eisenbahnen befinden, herrscht nicht der Spartenmäßig des Nomadenstammes, sondern der Kaufmann. Je mehr England, zugleich damit, daß es Arabien wirtschaftlich einigt, es politisch zerlegt und sich bemüht, einen Stamm gegen den anderen zu hegen, eine religiöse Seite gegen die andere, um so schneller vermag es die arabische Nationalbewegung, die sich unter dem starken Einflusse der Wiedergeburt der mohammedanischen Welt und ihres Kampfes um die Unabhängigkeit befindet.

## Das preußische Justizministerium auf der Anklagebank

Aus dem Darmatauschnitt

(Sig. Draht.) Berlin, 21. September.

Der Darmatauschnitt schickte am Sonnabend in Stundenlangem Geballe die Verhandlung der Frage der Strafverfolgung der Minister fort. Es wurde der in der sozialdemokratischen Presse vielfach genannte Dr. Caspari vernommen, der mit der Untersuchung gegen Kutiner betraut, plötzlich jedoch auf Verreiben des Justizministeriums seiner Funktion entkleidet wurde. Sowohl ein Disziplinarverfahren als auch ein Strafverfahren würde gegen ihn eingeleitet. Die gesamte Darmatpresse hat Caspari wie auch den Sachbearbeiter bei der Staatsanwaltschaft der Ähre Darmat, Alfflor K u m m a n n fest angegriffen und als Gewährleute der deutschnationalen Verleumdungskampagne bezeichnet. Mit diesem Ablenkungsversuch hat die Darmatpresse einen schmähtlichen Reifall erlitten, denn, wie sich aus der Bemerkung ergab, ist Caspari Jude, der politisch den Demokraten nahesteht. Diese Feststellung veranlaßte selbst den Demokraten Aufschrei zu der Feststellung, daß die sozialdemokratische Presse jeden auf das gemeinste bekämpft und verächtlich, der gegen seine Majestät Darmat g e s e h e n h a t. Der Demokrat Kutiner sah sich, wie er erklärte, im Interesse der Sauberkeit der republikanischen Justiz genötigt, öffentlich von der preußischen Justiz abzurufen, denn am Sonnabend sah das Preußische Justizministerium auf der Anklagebank.

Es ist ausgeführt worden, daß es auf Grund des sozialdemokratischen Fraktionsführers Heilmann — (ausgerechnet Heilmann, der selbst nach Moabit gehört!) — diejenige Staatsanwaltschaftsbeamten, die besonders scharf in der Kutiner-Darmat-Angelegenheit vorgingen, von ihrer weiteren Tätigkeit suspendiert hat.

Auf weitere Frage der Genossen Stolt und Bartels ergab sich klar, daß auf die Art und den Umfang der Untersuchung der Kutiner-Darmatuntersuchung von Seite der SPD ein besonderer Druck ausgeübt worden ist. Vergebens verfuhr Herr Kutiner seinen Freund Heilmann zu rechtfertigen.

## Gefinnungslumperei

Zu welcher Gefinnungslumperei die politische Korruption der sozialdemokratischen Führerschaft führt, zeigen neben vielen anderen Vorgängen auch die Ausführungen, die der Parteivorstand Hermann Müller auf dem Heidelberger Parteitag anlässlich des Vorstandberichts gemacht hat. Die von einigen Delegierten erhobenen Angriffe gegen die an der Darmat-Affäre beteiligten Führer glaubte Müller mit einem recht eigenartigen Vergleich aus der ältesten Vergangenheit der SPD abzuwehren. Der Name August Bebel war ihm nicht zu schade, um die Bauer, Richter, Heilmann und Konjorten wegen ihrer anrüchlichen Beziehungen zu Darmat zu entschuldigen. Müller führte nach dem „Vorwärts“-Bericht folgendes aus:

„Wenn von der weißen Weste geredet wird, so stelle ich fest, daß die Untersuchung aller in Betracht kommenden Personen, die vernommen wurden, nicht ergeben hat, daß irgendein Fleck auf diese Personen fällt. Im übrigen erinnere ich daran, daß selbst August Bebel sich einmal dagegen vertheidigen mußte, in Beziehungen zu einem im gegnerischen Lager stehenden Kapitalisten gestanden zu haben, wegen des Protokolls des Gothaer Parteitages von 1875. Da handelte es sich auch um 20-25 Flaschen Wein, um ein Dutzend. Es wird wohl niemand in der Partei geben, der irgendwelche Vorwürfe gegen Bebel aufrechterhalten wollte.“

Die Absicht, die Müller mit diesem geschmackvollen Vergleich verfolgte, liegt klar auf der Hand. Er wollte damit den Eindruck erwecken, als wenn die Beschuldigungen gegen das „neue Geschlecht“ ebensowenig begründet seien, wie die gegen Bebel seinerzeit aus dem schälimmsten Fraktionskampf heraus geborene Beschuldigung. Selbst wenn diese den Tatsachen entsprechen hätte, so ist sie doch in keinem Vergleich mit dem Verhalten zu setzen, das die Darmatliquen an den Tag gelegt hat. Hier handelt es sich nicht etwa um irgendwelche Geldente eines Kapitalisten, sondern um Bezüge für Begünstigungen, die diese Sozialdemokraten in ihrer Eigenschaft als Amtspersonen oder Parlamentarier einem kapitalistischen Schieber verschafft haben. Das ist politische Korruption im schälimmsten Art und sie ist im Falle Bauer und Richter durchaus erwiesen worden. Aber nicht nur in diesen beiden Fällen, sondern auch in vielen anderen. Die politische Korruption ist eine Begleiterscheinung der sozialdemokratischen Politik zur Erhaltung des kapitalistischen Systems. Wenn Hermann Müller auf dem Heidelberger Parteitag die Delegierten darüber hinwegtäuschen verfuhr, und dabei nicht einmal schaut, den Namen August Bebel zur Ablenkung zu verwenden, so zeigt das der Arbeitern, wie ein Führer der SPD

des anderen wert ist. Ob Bauer, Richter oder Hermann Müller eine Krähle hat der anderen die Augen nicht aus.

Damit diesem Satirspiel nicht die Pointe fehle, sah sich Ehrenheimmann genötigt, den jüdischen Sozialdemokraten den Vorwurf zu machen, daß sie bei der Behandlung der Darmat-Affäre, insbesondere in der Parteipresse keine „Kameradschaftlichkeit“ bewiesen hätten. Und dieser Mensch, der einer der stumpellosesten, die Mehrheit vergewaltigenden Demagogen ist, rief deshalb am Schluß seiner Rede mit großer Empase:

„Mit verachten die schmutzigen Demagogen!“

Der Bericht vermerkt im Anschluß an diese Leistung nicht etwa „Lachen links“, sondern „Lebhafter Beifall“. Das beweist, auf welchem Niveau dieser Parteitag steht und daß alle Hoffnungen der sozialdemokratischen Arbeiterkraft auf „Vereinigung“ ihrer Führer an dieser Gesellschaft zu scheitern werden müssen. Für die sozialdemokratischen Arbeiter gibt es nur eins: sich in eine Kampffront mit den kommunistischen Arbeitern zu stellen unter der Führung der KPD, und sowohl in den Gewerkschaften, wie in den Betrieben, energisch den Kampf gegen Rot und Elend aufzunehmen. Weber die sozialdemokratischen Führer, noch der sozialdemokratische Parteitag gibt dafür den Arbeitern Mittel und Wege.

## Englische Kohlentönige sabotieren das Augustabkommen

(Sig. Draht.) London, 21. Sept.

Zwischen den Bergarbeitern und den Bergwerksbesitzern sind zur Zeit Auseinandersetzungen über die Auslegung des Augustabkommens, das bekanntlich keinerlei Änderungen an dem Lohnabkommen von 1924 vorsah und das den Bergwerksbesitzern staatliche Zuschüsse gewährte. Die Unternehmer wollen das Abkommen so auslegen, daß wohl das Lohnabkommen von 1924 bestehen bleibt, aber die Änderungen statthaft sind. Die Regierung teilt die Einstellung der Unternehmer an. Im Bezirk Durham wurden bereits Lohnkürzungen vorgenommen. Es finden Verhandlungen zwischen der Regierung und den Bergarbeitersführern statt, um den Konflikt beizulegen.

## Das Ende der französischen Siegeslantaren aus Marokko!

Die deutsche bürgerliche Presse, die in den letzten Tagen auf die tendenziösen Siegesmedien aus Paris hineingefallen war, muß nunmehr auch zugeben, daß der Jubel über das „Durchgreifen“ in Marokko verfaßt gewesen ist. Sie wettert nämlich:

Paris, 20. September. Nach Meldungen aus Marokko hat Abd el Krim sein neues Hauptquartier mit Artillerie umgeben. In der eigenen Umgebung hat er scharfe Vorkehrungsmassregeln getroffen, um gegen Verrat und Ueberfall geschützt zu sein. Die Söhne des Scheichs Haddu wurden erschossen. 13 Araber aus Adiz wurden in den Kerker geworfen.

Der in Marokko weilende Kriegsberichterstatter des „Mahn“ hat sich mit einer der höchsten militärischen Verbältnissen in Marokko unterhalten, der ihm erklärte, man darf nicht hoffen, daß wir noch vor Einbruch der Regenzeit den Krieg in das Gebiet des Küsterrückzugs hineintragen können. In dieser Gegend haben wir keine Straßen und Wege. Dort gibt es nur Maultierpfade.

## Die Lage in Syrien

(Sig. Draht.) London, 21. Sept.

Die Lage der Franzosen in Syrien ist äußerst kritisch, da die Druzen immer mehr vorstoßen. Der Erzbischof von Ha r a n (Syrien) veröffentlicht durch das offizielle französische Telegraphenbüro einen Bericht über die dortige Lage, in der dieser Christ fordert, daß wenigstens 15.000 gutausgerüstete Kämpfer nötig seien, um eine Strafexpedition gegen die Eingeborenen erfolgreich durchzuführen und das französische Prestige wieder zu heben.

## Ein „Dawesplan“ für China

(Sig. Draht.) New York, 21. Sept.

Eine offizielle Konferenz besaßte sich mit der chinesischen Frage, wobei der frühere amerikanische Handelsattaché in Peking vorgeschlag, eine internationale Kommission zum Studium des chinesischen Finanzproblems und der besten Methoden der Industrialisierung, einzusetzen. Dieser chinesischen Daweskommission sollen Owen Young und andere führende Persönlichkeiten angehören.



# Sozialdemokratische Führer denunzieren sozialdemokratische Beamte

Eine ganz Reihe von sozialdemokratischen Beamtenführern, die in dem wirtschaftsfriedlichen Deutschen Beamtenbund tätig sind, betreiben dort zusammen mit den übrigen Führern des DBB eine ausgesprochen gelbe und „wirtschaftsfriedliche“ Politik. Diejenigen sozialdemokratischen Beamten, die im freigewerkschaftlichen Allgemeinen Deutschen Beamtenbund organisiert sind, erheben schon seit längerer Zeit dagegen bei dem Parteivorstand die heftigsten Beschwerden. Diese Beschwerden haben sich auf der letzten Sitzung des Beamtenbeirats der SPD zu dem Antrag vermindert, daß alle sozialdemokratischen Beamten freigewerkschaftlich organisiert sein sollen. Nach unserer Meinung steht in diesem Antrag trotz seiner falschen Formulierung, ein durchaus berechtigter Kern. Die Mitglieder des DBB müßten von ihren Parteigenossen im DBB mit Recht verlangen, daß sie dort eine Arbeit in freigewerkschaftlichem Sinne und nicht in arbeiter- und beamtenteindlichem Sinne des DBB leisten, wie es tatsächlich der Fall ist. Ein falscher Weg ist es auch, wenn jetzt sozialdemokratische Beamte daran gehen, neue Beamten-Gewerkschaften aufzubauen, wie es bei dem preussischen Polizeibeamtenverband der Fall ist.

So falsch auch der Weg ist, den damit irreführende sozialdemokratische Beamte einschlagen, so bezeichnend ist aber auch die Niedertracht, mit der die Beauftragten des sozialdemokratischen Parteivorstandes ihre eigenen Genossen belämpfen. Ein Artikel des freigewerkschaftlichen Beamtenführers Handeler, der ebenfalls der SPD angehört und der in der letzten Nummer der „Allgemeinen Deutschen Beamten-Zeitung“ erschienen ist, beschäftigt eingehend über diese Vorgänge. Der Leiter der Beamtenzentrale beim Parteivorstand, namens Jäger, ein fanatischer Anhänger des DBB, hat durch eine ihm nahestehende Beamten-Korrespondenz die neue Polizeibeamten-Bewegung regelrecht beim preussischen Ministerium des Innern (also bei seinem eigenen Genossen Severing!) als staatsgefährlich denunzieren lassen! Dieselbe Beamten-Korrespondenz dient auch als Sprachrohr der reaktionären Reichsbahn-Verwaltung, gegen die Lohn- und Gehaltsforderungen der Eisenbahner!

Die sozialdemokratischen Beamten können aus dieser gewiß einwandfreien Quelle mit aller Deutlichkeit ersehen, wie ihre eigenen Genossen, die sich in führender Stellung befinden, mit ihren Interessen umspringen. Für die Beamten wird es nachgerade höchste Zeit, daß sie aus diesem niederträchtigen Spiel, das mit ihnen getrieben wird, die richtige Konsequenz ziehen und daß sie einer Partei, die einen derartigen Verrat an ihren Interessen begeht, endgültig den Rücken kehren.

## Saint Just

Ein Jahr vor Bonaparte — genau ein Jahr — im selben Monat August ist der Mann geboren, der dem Korzen den Weg zur Macht verwehrt hätte, wenn ihm nicht die Kanaille, der Abbut der Bourgeoisie aufs Schaafot geschickt hätte. Wer kennt diesen unerbittlichen, jugendlich zugreifenden, tapferen Menschen, den Jakobiner Saint Just? Man weiß vielleicht gerade keinen Namen, man weiß, daß er grausam war, nicht mit sich handeln ließ, er ist ein Schreckbild geworden — Bürger schauderten, wenn sie von ihm hören mußten, und hoben ihn in ihren Darstellungen teils bedauernd, teils verächtlich, aber mit schmerzlicher Verborgenheit in die Erde. Nun — wir haben ihn herangezogen, wir können jetzt einiges lesen, was er gerechelt, berichtet, geschrieben, befohlen, ins Werk gesetzt und vollendet hat. In der Sammlung „Redner der Revolution“ erscheint ein Bändchen „Reden von Antoine de Saint-Just“ — (Neuer Deutscher Verlag). Es ist ein kleines Bändchen mit knappem Inhalt, aber vor Erregung und Teilnahme liest man diese längst verklungenen Worte und es scheint einem als wären sie in jüngsten Tagen wieder lebendig geworden — man denkt an die Redner der russischen Revolution: so sprangen sie auf, so gaben sie ihren Feinden die Parade, so verlangten sie Beites von sich und ihren Gefährten, so vehement schlug ihr Wort ein. Man denkt an den jungen Wolodarski, den die Sozialrevolutionäre ermordet haben, man denkt an Budarin. Eine schneidende Schärfe, eine erbatnungslose Klarheit, ein ungeheurer Wille — so die Reden, so der Mann. „Man macht Revolutionen nicht kalt. Ich glaube, daß auch das Schicksal dazu berufen hat, das Gesicht aller europäischen Regierungen zu verändern, und ich glaube, daß nur in der Freiheit Europas unsere Ruhe zu finden ist.“ Oder: „Mitleid ist in einer Republik, die nur auf Unbeugsamkeit beruhen kann, ein schädliches Zeichen des Betrags.“ Oder: „Ihr habt eine Republik errichtet. Wenn ihr aber zu gleicher Zeit nicht die Institutionen wollt, die eine Republik ausmachen, so wird die Republik das Volk unter ihren Trümmern begraben.“ Wir sind viel zu gemäßig!

Im Krieg mit den monarchistischen Verren, die der jungen Republik den Garaus machen und die verlogenen Schmarotzer wieder einsehen wollten, ging Saint-Just an die Front — im Auftrag des Konvents, als Organisator der Armee und des Sieges. Er hat die Armee organisiert, er hat gesiegt. Und jetzt ihr — jetzt kommt etwas tief Tragisches, etwas unheimlich Grauenshaftes und Schmerzlichendes — diese Erkenntnis ist die beste, die tiefste dieses Büchleins: Dieser Saint-Just war der wahre Bonaparte der Revolution, er war ihr wahrer Sohn, ihr wahrer Erbe — nicht jener unheilvolle, entsetzliche Mensch aus Korsika, jener verfluchte Dämon, der der Weltgeschichte den Hals umgedreht hat. Dieser Saint-Just nahm alles vorweg, was jener hernach vollbrachte. Man lese seine Berichte vom Schlachtfeld und halte die Berichte des jungen Bonaparte daneben, die so viel bewundert werden — man erschrickt fast — so ähnlich sind sie — und im Grunde so völlig anders. Dieser Bonaparte schalt die Revolution das Kostüm, aber dieser Saint-Just stand für eine Sache, für eine Gemeinschaft. Der Bonaparte, dieses Genie eines Kaltes, stand für sich und seinen Künzler, seine Familie. (Stinnes hat ja auch gesagt: „Ich arbeite für meine Familie“ — und Stinnes war auch so ein kleiner, degenerierter Bonaparte im achten Glied.) Als Robespierre die grenzenlose Dummheit beging und am 9. Thermidor nicht zu den Waffen rief, versuchte Saint-Just in letzter Stunde den großen Führer zu retten — und es war zu spät. Am anderen Tage fuhr er im selben Karren mit Robespierre zur Guillotine. Und die Schieber waren oben, und erlagen dann dem General aus Korsika, dem besessenen Vergewaltiger — recht geschicklich den betrogenen Betrüger. Und die Revolution war zu Ende, abgebrochen, halbgemacht, abgewürgt — und ist immer noch nicht zu Ende und bricht ab, kommt wieder, wird siegen, muß siegen. Dann wollen wir an diesen Saint-Just denken, dessen Leichnam — Kopf vom Rumpfe getrennt in die Grube geworfen, mit Kalb übergoßen wurde, verbrannte — niemand weiß, wo. — Er endete mit 27 Jahren. — Kurt Kersten.

## Radioohrwindler mit Akkumulatoren

### Normale Spannung.

Einer der notwendigsten Behelfe des Radioamateurs ist die Akkumulatorenbatterie, die er zum Betriebe des Glühfadens der Elektronenröhre benötigt. Zumeist besteht eine solche Batterie, auch „Heizbatterie“ genannt, aus zwei oder drei Elementen, die im geladenen Zustand eine Gesamtspannung von vier bis sechs Volt ergeben, was bei gewöhnlichen Empfangsapparaten genügend ist. Je nachdem die Plattenoberfläche der Akkumulatoren groß ist, desto mehr Strom kann im Akkumulator aufgespeichert werden. Aber wie alles zu Ende geht, so geht selbst im größten Akkumulator der Strom zu Ende und die Elemente müssen neu aufgeladen werden.

### Chemikalien anstatt Ladestrom.

In Orten, wo ein elektrisches Licht- und Kraftnetz existiert, gibt es verschiedene Möglichkeiten, die Aufladung der Akkumulatoren zu bewerkstelligen. Auf dem Lande ist dies schwieriger, und besonders der Radiosammler, der da meint, der Strom seiner Akkumulatoren dauere ewig, steht dem Problem ratlos gegenüber, wenn er wahrnimmt, daß der Faden seiner Röhren nicht mehr ins Erglühen kommt. Auf diese Leute hat es der neueste Radioohrwindler abgesehen. Man offeriert den unwissenden Anfängern gewisse chemische Lösungen oder Salze. Diese sollen die Kraft haben, die Akkumulatoren von neuem zu laden, ohne daß man es notwendig hätte, zum Zwecke der Ladung zu einer besonderen elektrischen Stromquelle Zuflucht zu nehmen.

### Die Vorgänge im Akkumulator.

Um die Möglichkeit einer Ladung von Akkumulatoren mittels hinzugefügter Chemikalien zu erweisen, müssen wir uns der Vorgänge im Akkumulator klar werden. Es gibt zwei Arten von Akkumulatoren: solche aus Stahl und Nickel mit einer alkalischen Lösung (Säure-Elektrolyt) und solche aus Blei mit einer Schwefelsäurelösung. Letztere Gattung ist die gebräuchlichste und darum wollen wir uns mit ihr beschäftigen.

## Betriebsräte!

Borgt dafür, daß Eure Belegschaften korporativ der „Roten-Hilfe“ beitreten

Bezirksvorstand „Rote-Hilfe“  
Breslau, Rathaus 7.

Ein Akkumulator besteht in der Hauptsache aus zwei einander gegenüberliegenden Bleiplatten oder Elektroden, die jedoch nicht massiv sind, sondern aus Bleigittern bestehen, in die eine aus Bleiverbindung bestehende Masse eingeschmieert ist. Man heißt dies die „aktive“ Masse, die für jede der Bleiplatten eine geladene Zusammensetzung hat. Welche Elektrode ist die positive Platte, die andere wird negativ genannt.

### Die Ladung.

Durch das Eintauchen der Platten in die Schwefelsäure überziehen sie sich mit einer dünnen Schicht von Bleisulfat, die in der späteren Funktion des Akkumulators eine wichtige Rolle spielt. Nur soll aus diesen beiden Platten etwas gemacht werden, das nicht nur fähig ist, elektrischen Strom in sich aufzuspeichern, sondern diesen Strom später an die Glühfäden der Röhren des Apparates in selbständiger Weise abzugeben. Wir müssen diese beiden Platten „laden“. Zu diesem Behufe verbinden wir die Platten mit einer Abzweigung aus dem elektrischen Lichtnetz und lassen den aus dem Netz kommenden Ladestrom auf die Platten einwirken. Wir ersetzen sofort, daß sich in der verdünnten Schwefelsäure, in der die Platten stehen, eine Zersetzung vollzieht; es bilden sich aufwühlende Bläschen, die aus Sauerstoff und Wasserstoff bestehen. Die Sauerstoffbläschen setzen sich an der positiven Platte ab, oxidieren deren Bleisulfatschicht und bilden dort eine energiereich wirkende neue Bleiverbindung: das braun ansehende Bleisuperoxyd. Auf der negativen Platte, an der sich die Wasserstoffbläschen sammeln, wird aus der ursprünglichen Oberfläche ein neues Produkt: graues, schwammiges Blei. Durch eingeschaltete Instrumente erkennt man, wie lange die Ladung zu dauern hat. Man befolge diesbezüglich die Vorschriften der Lieferanten.

### Die Spannung des Akkumulators.

Durch die Einwirkung des elektrischen Stromes auf die Platten, das heißt durch die Ladung haben wir aus dem Akkumulator eine selbständige Stromquelle gemacht, die unabhängig von allen anderen Einflüssen ihren Strom an die Glühfäden abgeben kann. Diese Stromabgabe nennt man die „Entladung“. Der geladene Akkumulator hat eine Anfangsspannung von ungefähr 2 Volt, die jedoch langsam auf 1,8 Volt herunterfällt, sobald eine Entladung stattfindet, das heißt, sobald Strom abgegeben wird. Ein weiteres Herunterfallen der Spannung sollte man nicht zugeben, weil eine zu starke Entladung dem Akkumulator schädlich ist. Wenn die Spannung des Akkumulators soweit gesunken ist, daß die Glühfäden der Apparatenröhren nicht mehr erglühen, sollte man unbedingt eine Neuladung des Akkumulators vornehmen. Das ist der Moment, wo der Radioohrwindler mit seinen Chemikalien erscheint und behauptet, es sei gar nicht nötig, die Ladung mittels eines fremden elektrischen Stromes zu bewerkstelligen, sondern man könne den Akkumulator mit den angepriesenen Wundermitteln zu neuem Leben erwecken.

### Rückkehr zum ursprünglichen Zustand.

Die ersten Versuche, die mit diesen Chemikalien angestellt werden, erwecken den Anschein, als würde tatsächlich eine Verjüngung des Akkumulators eintreten. Um dies zu verstehen, müssen wir uns die Vorgänge betrachten, die im Akkumulator während seiner Entladung stattfinden. Je mehr Strom entladen wird, desto mehr stellt sich der ursprüngliche Zustand im Akkumulator wieder her. Sowohl das an der positiven Platte früher gebildete Bleisuperoxyd als auch der neu formierte Bleischwamm an der negativen Platte kehren wieder in ihre anfängliche Beschaffenheit zurück: sie bedecken sich mit Bleisulfat.

### Wirkung der Chemikalien.

Wie erschöpft aber immer ein Akkumulator sein mag, es bleibt immer etwas aktive Masse an den Platten über, die, wenn man den Akkumulator ausruhen läßt, für eine ganz kurze Zeit die Illusion erwecken kann, als hätte sich die beinahe auf Null gesunkene Spannung wieder erhöht. Wenn man die alte Flüssigkeit entleert und den Akkumulator frische Schwefelsäure zuführt, so kann man eine ganz kurze Neubeladung der Spannung konstatieren. Das geschieht aber nur sozulegen für Augenblicke, die erschöpften Platten können nichts mehr hergeben. Die vom Radioohrwindler angepriesenen Flüssigkeiten haben ungefähr dieselbe Wirkung, als würde man frische Salze verwenden. Auch der Zusatz von geheimnisvollen Salzen (meist handelt es sich um das ordinäre Glaubersalz) ist nichts anderes, als eine Injektion an einem halb abgestorbenen Körper. Eine Dauerwirkung ist vollständig ausgeschlossen, wohl aber ruiniert man mit diesen Zusätzen den Akkumulator.

Darum, Radiofreunde, seid auf eurer Hut! Achtung vor Schwindlern!

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz, Breslau; für die Inserate: Artur Müller, Breslau. — Verlag: Schließische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Druck: Neudruck-Berlin, Druckereifiliale Breslau.

# Dauerbrandöfen in jeder Preislage Herde aller Art Eisen-Brandt,

Inh.: Frick und Max Brandt, — Inthalastraße 63 a. Ecke Neue Weltgasse

Ausstellungsort: Inthalastraße 63 a und Neuzughe 53

**Schauspielhaus**  
Operettenbühne  
Telephon Ring 255

Täglich 8 Uhr:

## Riquette

## Liebig-Theater

Täglich 6 Uhr

Der

## Sensations-Erfolg

### Wochenpielplan

von Montag, den 21. bis Montag, den 23. September

### Roberttheater

Montag, den 21. bis Montag, den 23. Septbr. abends 8 Uhr

„Der Kreidestrich“  
Spiel nach dem Schmeißchen von Laband

### Thalia-theater

Montag, den 21. bis Donnerstag, den 24. Septbr. abends 8 Uhr

„Der dreizehnte Stuhl“  
Kriminalstück von Bayard Keller

Freitag, den 25. und Sonnabend, den 26. Septbr. abends 8 Uhr

„Der Sott der Nacht“  
Drama von Scholten Höp

Sonntag, den 27. und Montag, den 28. September abends 8 Uhr

„Der dreizehnte Stuhl“  
Kriminalstück von Bayard Keller

### Achtung!

Die Firma D. Korn-Waldenburg liefert

## Wander-Uniformen

zu billigen Preisen

Krimmer, Delatz-Tuche, Delatz-Seiden

in allen Farben, empfiehlt

## Magerkeit wirkt unschön

schöne volle Körperformen durch unser

## „Hegro-Kraftpulver“

in 6-8 Wochen bis 30 Pfund Zunahme. Garantiert unschädlich. Ärztlich empfohlen. Streng reell! Viele Dank-schreiben. Preis Karton mit Gebrauchs-Anweisung 3 Mk.

Kronen-Apotheke, Neue Schweidnitzer Straße 3  
Hygiea-Apotheke, Tauentzienstrasse Nr. 91

Suche ein

## großes Zimmer

Offerten unter G. 100 an Exp. Schles. Arbeiter-Zeig.

## Eröffnungs-Programms

### Allen Arbeiter-Gesangsvereinen

empfehle die Kompositionen von F. H. Lehmann

## Auferstehung

(gem. Chor)

Man verlange Partituren zur Ansicht. Zu beziehen durch den Verlag der freien Gesangsvereinigungs-Vereinslands.

Paul Mittan, Düsseldorf  
Königsplatz 11.

### Krätzergan

besitzt einen Lager mit 1000 Stück und fast alle Sorten. 1000 Stück bewahrt. Pak 150.

Lehmkuhl-Ischke  
Ring 44  
Nach Verkauf.

## Neße-Haus

Jda Würfel, Waldenburg  
Gottesberger Str. 26

## Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten



**Lokales**

**Sprengung einer Faschistenversammlung durch Rote Frontkämpfer**

Breslau, 21. September.

Am Sonntag vormittag hatte der bekannte Knüppelzug seine Anhänger zu einer Demonstration auf dem Neumarkt aufgerufen. Er hatte besonders an die kleinen Sparer appelliert, die er für seine Geschäftspartei ausnutzen wollte. Trotz großer Propaganda fanden sich nur einige Hundert Kleinbürger und Neugierige auf dem Neumarkt zusammen.

Knüppelzug feierte die alte Walze herunter, die Juden seien an allen Schuld, die edlen Arbeiter werden gern höhere Löhne zahlen, wenn sie nicht so hohe Zinsen zahlen müßten. (Wer laßt da nicht?) Während Knüppelzug im besten Phrasendrusch begriffen war, tauchten plötzlich von allen Seiten Rote Frontkämpfer auf. Hochrufe auf die Weltrevolution sowie Niederrufe gegen die Reaktion erfüllten den Platz, dann wurde die Internationale angestimmt, so daß Knüppelzug vollkommen die Fassung verlor. Er wurde gleich schloßerte mit den Knien und brach seine Ausführungen ab. Nun formierten sich die Stahlhelmer zum Zug, wurden aber von allen Seiten von Roten Frontkämpfern bedrängt. Die nationalistischen Gefänge wurden vollkommen überhört von dem Gesang der revolutionären Kampflieder gegen den Faschismus. Die Breslauer Polizei zeigte wieder einmal, daß sie sich als

**Schützer der Faschisten**  
fühlt. Während sie den Faschisten freie Bahn schaffte, versuchte sie mit brutaler Gewalt die Arbeiter zurückzutreiben. Vertikale Schupo sprengte mehrfach in die Arbeiterreihe hinein. Die Hilfeleistung, die die Schupo den Faschisten gewährte konnte aber den starken Eindruck der revolutionären Gegen demonstration nicht beseitigen. Auch einige Reichsbannerleute schlossen sich dem Roten Frontkämpfer-Zug an. Von der Leitung des Reichsbanners war natürlich kein Mann zu sehen und die sozialdemokratischen Arbeiter haben sich wieder einmal überzeugen können, daß nur die Kommunisten und die Roten Frontkämpfer überall zur Stelle sind, wo sich das Orgeschpach mausig macht. Dem Knüppelzug aber dürfte die Luft begehen, so kann wieder in Breslau sein Heil zu versuchen.

**Streit der Steinmehlen in Breslau**

Allgemein ist man geneigt, zu behaupten, die zu hohen Löhne seien Schuld an der überhandnehmenden Zuerung, speziell in der Steinmehl- und Grahnambranche. Um der Allgemeinheit zu zeigen, daß dem nicht immer so ist, sei folgendes an Beispielen angeführt. Die Arbeitgeber zahlten in der Zeit vom 18. 4. bis 30. 7. einen Stundenlohn von 86 Pfg., das ist doch gewiß eine Spanne Zeit, wo von allzu hoher Entlohnung nicht gesprochen werden kann. Von Ende Juli bis dato sind wir Steinmehlen wegen einer Wohnausbesserung vorfristig geworden und man hat uns gütigst 2 resp. 4 Pfg. Zulage an. Eine Einigung kam wegen des lächerlich niedrigen Angebotes nicht zustande und der Schlichtungsausschuß Breslau sprach uns in seinem Schiedsspruch vom 7. September eine Markt Stundenlohn zu. Um des lieben Friedens willen nahmen die Steinmehlen den Spruch des Schlichtungsausschusses an in der Erwartung, die Arbeitgeber werden die Bemerkung obliegen lassen, und auch den Schiedsspruch annehmen. Aber weit gefehlt. Die Arbeitgeber lehnten den Schiedsspruch mit der vornehmen Begründung ab, daß die Regierung eine Preisfestsetzung in Aussicht stelle. Die Steinmehlen beantworteten diese Verhöhnung mit der Arbeitsniederlegung. Nachdem die Arbeit ruhte, bequamen sich die Arbeitgeber, den Schiedsspruch anzuerkennen. Aber es war zu spät! Wenn man bedenkt, daß Chemnitz 1,16 Mk., Zwickau 1,15 Mk., Stettin 1,40 Mk., Berlin 1,45 Mk., Hamburg 1,50 Mk. und Düsseldorf 1,35 Mk. Stundenlohn zahlen, so ergibt sich ohne weiteres die Frage: warum in Breslau nicht? Sind nicht die Verhältnisse in den genannten Orten ebenso wie hier? Es sei noch bemerkt, daß unser Beruf ein äußerst schädlicher ist: das beweist die uns zur Verfügung stehende Statistik, daß der Steinmehlbetrieb in Subertolozes-Fällen mit 76 Prozent an der Spitze marschiert. Sind wir nicht mit unserer kurzen Lebensdauer zuerst berechtigt, eine unseren gesundheitschädlichen Beruf zu entschließen? Entlohnung zu beantragen? Aus all dem hier angeführten Gründen ist wohl zu ersehen, daß eine Lohnausbesserung ohne weiteres und zugestanden werden muß. Die uns verwardeten Berufskollegen bitten wir nochmals: übi Solidarit!

**Achtung! Streikbrecher!**

Als Streikbrecher haben wir folgende zu kennzeichnen: Paul Jellendorf, Kohlenstraße 6, August Köufch, Nikolaistadtgraben 14, Erich Kager, Radodstraße 12, Paul Scudrosch, Lohstraße 60, Gerhard Berger, Siedisch-Wilhelmstraße 35

Die städtische Steuerkasse gibt bekannt: Die für den Vollstreckungsbeamten Johana Heimlich am 9. November 1924 ausgesetzte gelbe Ausweisarte wird hiermit für ungültig erklärt.

Ende Oktober werden zwei neue alkoholfreie Gaststätten am Neumarkt und am Trebnitzer Platz eröffnet werden. Der Umbau wird genüßliche, den Anforderungen modernen Stils entsprechende Räumlichkeiten schaffen, in denen dem Publikum preiswerte Mahlzeiten und Getränke geboten werden. Zeitungen werden zur Benutzung ausliegen.

Die Bezirkskonferenz des Bezirksverbandes Schlesien des kommunistischen Jugendverbandes findet am 26. und 27. September in Breslau im Lokal „Siedisch-Wilhelmstr. 53/55“ statt. Bis jetzt ist erst ein Teil der Delegierten gemeldet, trotzdem die Genossen die Mandate und den schriftlichen Bericht der Bezirksleitung schon vor der BK erhalten sollten. Delegiertenanmeldungen sind sofort an die Bezirksleitung zu richten.

Friedland. Unfall des Görbersdorfer Postauto. Das erst seit kurzer Zeit dem Verkehr Friedland-Görbersdorf dienende Postauto, das mit 15 Personen besetzt war, erlitt dieser Tage einen Unfall, bei dem die Passagiere glücklicherweise mit dem Schrecken davonkamen. An einer Stelle, an der die Chauffeur besonders eng ist, wollte der Führer des Postautos einem entgegenkommenden Fuhrwerk ausweichen. Hierbei kam es jedoch der Böschung zu nahe; dabei gab das durch den Regen geladete Erdreich nach und es bestand die Gefahr, daß der Kraftwagen die 4 Meter hohe Böschung herabstürzen konnte. Dem besorgten Verhalten des Wagenführers war es zu verdanken, daß diese Befürchtung nicht verwirklicht wurde. Ohne Schaden zu nehmen konnten die Passagiere das Auto verlassen.

**So sieht die „Selbstverwaltung“ aus**

**Der Regierungspräsident in Oppeln beschränkt das Recht der Gemeindeparlamente**

Der bekannte günstige Wind weht uns folgenden Befehl des Regierungspräsidenten in Oppeln auf den Redaktionstisch: Der Regierungspräsident.

Oppeln, den 22. Juli 1925.  
In einigen Stadtverordnetenversammlungen ist von Angehörigen der kommunistischen Partei folgender Dringlichkeitsantrag betreffend Annahmestellung der proletarischen politischen Befangenen eingebracht:

Wie im Reich so sind auch aus ober-schlesischen Gemeinden eine Anzahl revolutionärer Kämpfer ihrer Freiheit durch den Verstoß beraubt, Kämpfer, welche als ideales Ziel haben die Befreiung der Hand- und Kopsarbeiterchaft aus den kapitalistischen Sklavennetzen, schmachten heute in Zuchthäusern und Gefängnissen. Sehnsucht nach Welt und Kind und die Hoffnung auf eine Vollamnestie erfüllt ihre Herzen. Die Befreiung ist enttäuscht, daß die in vielen Zeitungen angeforderte Freilassung der proletarischen politischen Befangenen beim Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten von Hindenburg nicht Wirklichkeit wurde. Diese Enttäuschung wird noch gesteigert durch den Annahmestellung, der den gefangenen Kämpfern zur Beschäftigung vorliegt. Juristische Wendungen in diesem Entwurf wollen die Weiden eines Teiles der proletarischen politischen Befangenen verlängern. Dieses kann und will die arbeitende Bevölkerung nicht zulassen.

Die Kommune ist verpflichtet, in erster Linie für den unterdrückten Teil der Bevölkerung einzutreten. Sie kommt dieser Pflicht nach, wenn sie neben ihren anderen Aufgaben sich bei den zuständigen Stellen einsetzt für die Freilassung sämtlicher proletarischen politischen Befangenen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle daher beschließen: In den Reichs- und Landtag wird folgendes Telegramm entsandt:

Stadtgemeinde ersucht dringend Reichstag (Landtag), sich einmütig für die Vollamnestie aller proletarischen politischen Befangenen in Deutschland (Preußen) einzusetzen.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Stadtverordnetenversammlung sich nur mit dem Einverständnis der Gemeindeverwaltung beschaffen darf. Das ihr zweifellos zustehende Vetorecht kann sich danach nur auf Angelegenheiten beziehen, welche die Zuständigkeit oder das unmittelbare Interesse der Stadt als solcher berühren. Dies ist vorliegend nicht der Fall, der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung überschreitet danach ihre Zuständigkeit. Hinsichtlich der Rechtslage verweise ich auf Artikel 121 der Reichsverfassung (1924) S. 171 ff. Die Maßnahme ist daher nicht auf meine besondere Anweisung hin, sondern als ihre initiale Pflicht, die sich aus dem Gesetz (S. 15 Zuständigkeitsgesetz) ergebende Stellung zu derartigen Beschlüssen einzunehmen.

Der Herr Regierungspräsident.

In sämtlichen Magistrat des Bezirks.

Abschrift übersende ich zur gest. Kenntnisnahme mit dem Ersuchen, gemäß § 140 der Landgemeindeordnung das Ersuchen zu veranlassen.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Deutschens OS, den 3. August 1925.

R. A. III, 3175.

Abschrift zur Kenntnis des Herrn Landrat in Weußen O.S.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Deutschens OS, den 3. August 1925.

R. A. III, 3175.

Abschrift zur Kenntnis des Herrn Landrat in Weußen O.S.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Deutschens OS, den 3. August 1925.

R. A. III, 3175.

Abschrift zur Kenntnis des Herrn Landrat in Weußen O.S.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Deutschens OS, den 3. August 1925.

R. A. III, 3175.

Abschrift zur Kenntnis des Herrn Landrat in Weußen O.S.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Deutschens OS, den 3. August 1925.

R. A. III, 3175.

Abschrift zur Kenntnis des Herrn Landrat in Weußen O.S.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Deutschens OS, den 3. August 1925.

R. A. III, 3175.

Abschrift zur Kenntnis des Herrn Landrat in Weußen O.S.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Deutschens OS, den 3. August 1925.

R. A. III, 3175.

Abschrift zur Kenntnis des Herrn Landrat in Weußen O.S.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Deutschens OS, den 3. August 1925.

R. A. III, 3175.

Abschrift zur Kenntnis des Herrn Landrat in Weußen O.S.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Deutschens OS, den 3. August 1925.

R. A. III, 3175.

Abschrift zur Kenntnis des Herrn Landrat in Weußen O.S.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Deutschens OS, den 3. August 1925.

R. A. III, 3175.

Abschrift zur Kenntnis des Herrn Landrat in Weußen O.S.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Deutschens OS, den 3. August 1925.

R. A. III, 3175.

Abschrift zur Kenntnis des Herrn Landrat in Weußen O.S.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Deutschens OS, den 3. August 1925.

R. A. III, 3175.

Abschrift zur Kenntnis des Herrn Landrat in Weußen O.S.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Deutschens OS, den 3. August 1925.

R. A. III, 3175.

Abschrift zur Kenntnis des Herrn Landrat in Weußen O.S.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Deutschens OS, den 3. August 1925.

R. A. III, 3175.

Abschrift zur Kenntnis des Herrn Landrat in Weußen O.S.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Deutschens OS, den 3. August 1925.

R. A. III, 3175.

Abschrift zur Kenntnis des Herrn Landrat in Weußen O.S.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Deutschens OS, den 3. August 1925.

R. A. III, 3175.

Abschrift zur Kenntnis des Herrn Landrat in Weußen O.S.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Deutschens OS, den 3. August 1925.

R. A. III, 3175.

Abschrift zur Kenntnis des Herrn Landrat in Weußen O.S.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Deutschens OS, den 3. August 1925.

R. A. III, 3175.

Abschrift zur Kenntnis des Herrn Landrat in Weußen O.S.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Deutschens OS, den 3. August 1925.

R. A. III, 3175.

Abschrift zur Kenntnis des Herrn Landrat in Weußen O.S.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Deutschens OS, den 3. August 1925.

R. A. III, 3175.

Abschrift zur Kenntnis des Herrn Landrat in Weußen O.S.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Deutschens OS, den 3. August 1925.

R. A. III, 3175.

Abschrift zur Kenntnis des Herrn Landrat in Weußen O.S.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Deutschens OS, den 3. August 1925.

R. A. III, 3175.

**Aus der Provinz**

Langenau. Brandstiftung. In letzter Zeit haben mehrere Feuer im Kreise Görtlich schweren Schaden angerichtet. In allen Fällen brannten mit Erntevorräten gefüllte Gebäude nieder. Brandstiftung muß angenommen werden. Dies gilt auch von dem Brande, der Mittwochabend die große, mit Erntevorräten gefüllte, massive Scheune des Gutsbesitzers Barckel zerstörte. Nach den Auslagen derer, die das Feuer zuerst gesehen, dürfte Brandstiftung vorliegen.

Nieß 02. Stahlhelmrummel und Reichsbannerkämpferzeit. Am Sonntag, 13. Sept., fand der im Niesher Allertagsblatt mit großen Lettern angekündigte Stahlhelmrummel statt. Nachdem am Sonntagabend in einem sogenannten „teutschen Abend“ verbracht wurde, das vor einigen Jahren in die Felsen geritzte teutsche Herz der Niesher wieder hervorgehoben, begann am Sonntag der übliche Rummel. Aufmarsch von etwa 750 Mann unter dem Klang der Niesher Kirchenlieder (dazu sind sie wohl da!), des Fridericusmarches usw. Alles Erinnerung an die schöne alte Zeit (Kasernenhof, Paradeplatz, Fahrritte, Schweinehunde, Hammel). Charakteristische Bilder aus dem Zuge. Vorne vor der Gruppe, der stöhnend seinen vollgetrossenen Bauch und glänzenden Speerenden schleppende Gutsbesitzer, hinter ihm keine ausgemerkelten Profeten, die auf Grund ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit sich von ihren Ausbeutern noch mißbrauchen lassen. Für die klassenbewußte Arbeiterchaft heißt es hier, ausfüllend zu wirken, diesen verführten Profeten klarzumachen, daß sie nur Kanonenfutter für die imperialistischen Raubhähnen sind und daß diese Herrschaften bei einem eventuellen Sieg reich wollen wir Frankreich schlagen! ihre Helentaten höchstens in der Stappe bei Seitzelagen und Surerei vollbringen werden.

Nun zu dem republikshühenden und gegen die Reaktion kämpfenden Reichsbanner. Dieses ist von uns schon von Anfang an richtig eingeschätzt worden. Wie uns Reichsbannerleute stolz mitteilten, hatte der Stahlhelm in einem Brief das Reichsbanner ersucht, ihnen doch am Sonntag die Straße ungestört zu überlassen. Und dieses wurde prompt erfüllt. Die Republik kann wahrlich auf ihre tapferen Beschützer stolz sein.

Hervorzuheben ist auch das Verhalten des hiesigen Ortsausschusses des NSDAP. Als unsere Genossen versuchten, ihn zur Stellungnahme zu veranlassen, um die Arbeiterchaft gegen diese Freiheit des Stahlhelms mobil zu machen, wurde dies abgelehnt, da man bei solchen Veranstaltungen immer die Wahrnehmung machen mußte, daß die Polizei für die Monarchisten Stellung nahm. Die armen Republikaner müssen sich also schon vor ihren eigenen Organen fürchten. Oder nahmen die Leute von der Bunzlauer Straße vielleicht an, wenn die Arbeiterchaft dem Stahlhelmpul ein Ende machte, daß ihre Fackelentzündung ins Wasser fiel? Denn es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß ausgerechnet die hiesige Zweigstelle der Görtlicher Volkszeitung die Fackeln zur Verschönerung dieses Rummels liefern mußte. Arbeiter, Augen auf!

Die hiesige republikanische Polizei gab sich die größte Mühe, daß die Veranstaltung ohne Störung verlief. Durch ihren Eifer wurde folgende ergötliche Szene heraufbeschworen: Als ein kleiner Ordnungsbürger leutner Kerger etwas laut und programmwidrig Luft machte, mußte auch da der Ordnungsbürger mahnend eingreifen. Da aber die Bemühungen von der Mutter mit der Bemerkung zurückgewiesen wurde, daß dies nicht störe, folgte prompt die geistreiche Antwort des Ordnungsbüters: Sind Sie doch ruhig, ich bin älter und muß es doch besser wissen.

Die Niesher Arbeiterchaft möge aus diesen Vorgängen das eine lernen, wozu sie lieben Jahre demokratische Republik gebracht haben.

Görtlich. Dauerwahlkartei. Vom städtischen Wahlamt wird uns geschrieben: Nachdem die Aufstellung der Dauerwahlkartei für den Stadtkreis Görtlich auf Grund der vom Magistrat am 15. Februar d. J. in Umlauf gesetzten Hauslisten beendet ist, empfehlen wir allen wahlberechtigten Personen, sich baldig durch Rückfrage im städtischen Wahlamt, Berliner Straße 64, II (Dienststelle XVII), zu überzeugen, ob die Aufnahme in der Dauerwahlkartei gefunden haben. Ein amtlicher Personalausweis, am zweckmäßigsten die politische Anmeldung mitzubringen.

**Zur Kreisstadtagwahl**

In der letzten Ausgabe des Kreisblattes für den Görtlicher Landkreis veröffentlicht der Kreis-Ausschuß folgende Bekanntmachung:

„Auf Anweisung des Herrn Innenministers hat der Kreis-Ausschuß für die Neuwahl des Kreisstadtages Sonntag, den 25. Oktober 1925, bestimmt, daß an dem auf Anordnung des preussischen Staatsministeriums gleichzeitig die Neuwahl zu dem Provinziallandtag stattfindet.“

Die Zahl der Kreisstadtagmitglieder beträgt 25. Zum Wahlkommissar für die Kreisstadtagwahl hat der Kreis-Ausschuß den Landrat Schröter, zum Stellvertreter des Wahlkommissars Landesältesten Künstlich in Rummervitz bestellt.

Als Endtermin für die Einreichung der Wahlvor schläge ist Sonnabend, der 10. Oktober 1925, festgesetzt worden.

Der 25. Oktober ist der zuerst festgesetzte Termin. Nach einem Beschluß des Gemeindevorstandes sollte der 22. November als Wahltermin festgesetzt werden. Der Tag wird aber in mehreren an die Fraktionen des Landtages gerichteten Profeten als ungeeignet bezeichnet, da es der „Lohnsonntag“ sei. Die endgültige Entscheidung über den Wahltermin hat das Plenum des Landtages bei seinem Wiederzusammentritt zu treffen.

**Parteiveranstaltungen**

- Dienstag, 22. 9. abends 8 Uhr „Reichsbanner“ Mitgliederversammlung mit Gedächtnisfeier und Gymnastikübungen.
- Donnerstag, 24. 9. abds. 8 Uhr Funktionärsitzung.
- Freitag, 25. 9. abds. 8 Uhr Öffentliche Frauenversammlung „Reichsbanner“ Herz. Ernte-Gesell.
- Sonntag, 27. 9. Beisitzung für Presse.
- Dienstag, 29. 9. Gewerkschaftsobmannerversammlung.

**Kommunistischer Jugend-Verband**

Wichtig! Seit Montag Mitgliederversamml. (Bekanntgeben!)

**Roter Frontkämpfer-Bund**

- Breslau:
- Schweißnagler 26. 9. Sonntagstarke Schloßschmied (2.10 Uhr) 8.34 Uhr 566. Ant. 8.30 Uhr. Sonntag, früh 8.41 Uhr. Ant. 7.08 oder 8.16 Ant. 8.07 Uhr.
- Gruppe 5. Ab. Dienstag, 22. 9. abds. 7.30 Uhr Gruppenversammlung.
- Gruppe West. Montag, 21. 9. abds. 7.30 Uhr Kameradschaftabend im Lokal Wob. Schweißnagler, 10.
- Gruppe Zentrum. Montag, 21. 9. abds. 7.30 Uhr Mitgliederversammlung Lokal „Möter Bäume“ Ruppelschmiedstr. Ansetzung für Marschierung mitbringen.
- Roter Jungarm. Wöblig. Ort. Sämtliche Mitglieder haben Dienstag, 22. 9. abds. 7.30 Uhr bei Frants zu erscheinen, gleichzeitig Ortsleitungssitzung.
- Sämtliche Sammelstellen sind bis zum 8. 10. abzurechnen.
- Alle Unterstellten rechnen bis zum 25. 9. bei den Bezirkskassierern ab, selbstige rechnen bis zum 3. 10. beim Hauptkassierer ab.
- Wichtig! Mittwoch, 30. 9. Versammlung.

**Genossen, Kameraden! Rüstet zum Roten Tag in Schweidnitz**



## Wöchentliche Beilage für die Org.-Arbeit im Bezirk Schlesien

### Die organisatorischen Aufgaben der KPD.

#### Die Reorganisation auf Basis der Betriebszellen (Schluß)

Aus den Berichten der Parteioptionen geht hervor, daß trotz verhältnismäßig günstiger Voraussetzungen (zum Beispiel geringe Arbeitslosigkeit) im allgemeinen ein Rückgang der Betriebszellenarbeit zu verzeichnen ist. Das ist unseres Erachtens vor allem die Folge der Vernachlässigung der Zellenarbeit durch die Parteileitungen. Bei der Zentrale der KPD, und bei den Bezirksleitungen wurden keine Organisationsarbeiten zur systematischen Führung der Organisationsarbeit geschaffen. Dort, wo die Leitungen planmäßig arbeiten, sind auch Erfolge der Reorganisation zu verzeichnen. In Erzgebirge-Vogtland bestehen zum Beispiel 330 Betriebszellen, von denen in 254 die Beiträge kassiert werden. In Württemberg wird von 135 Betriebszellen in 116 kassiert, in Thüringen von 176 in 162, während in Berlin nur in vier von 626 Betriebszellen, in Halle-Merseburg in sieben von 71, in Wasserkante in 15 von 290 und im Ruhrgebiet in 29 von 122 Betriebszellen kassiert wird. Der zweite Hauptfehler besteht darin, daß ein großer Teil der Parteileitungen, infolge Orientierung auf die Arbeit im Wohngebiet, eine schwankende Stellung zur Reorganisation einnehmen. Auch in der Parteitagsresolution ist die Durchführung der Reorganisation noch nicht klar formuliert. Unter 1e bis g wird gesagt, daß Betriebszellen und Straßenzellen bestehen sollen, und daß alle Mitglieder einer Betriebszelle in ihrem Wohngebiet durch die Zellengruppenleitung registriert und zur Erledigung der Arbeit im Wohngebiet zusammengefaßt werden. Diese Formulierung darf nicht bedeuten, daß außer den Betriebs- und Straßenzellen noch eine dritte Organisation in Form von Arbeitsgruppen geschaffen werden soll. Außerdem wird gesagt, daß in Arbeitsplänen festgelegt werden soll, inwieweit die einzelnen Zellen zur Kassierung übergehen. Zur Klärung dieser Fragen wollen wir im folgenden nochmals zusammenfassend darstellen, wie die Reorganisation auf Grund der Beschlüsse der Komintern geschehen soll:

Jedes Parteimitglied ist verpflichtet, an seiner Arbeitsstätte mit den Parteigenossen in Verbindung zu treten, beziehungsweise Parteimitglieder zu werben und eine Zelle zu gründen. Jede Betriebszelle führt sofort nach ihrer Gründung die Beitragskassierung durch und beschäftigt sich mit allen Fragen der Parteiarbeit. Die Aktivisierung der Zellen und die Schaffung von Zellen in den Großbetrieben, in denen wir schwach sind, ist nur möglich, wenn die Parteileitungen die Zellen systematisch instruieren, praktisch beim Aufbau mithelfen. Material und Redner zur Verfügung stellen und dafür sorgen, daß für die Betriebsberichte in der Tagespresse ein größerer Raum als bisher zur Verfügung steht. Die Parteileitungen sollen die verschiedenen Zweige der Partei vor allem unter dem Gesichtswinkel der Betriebe führen (Gewerkschaft, Genossenschaft, Frauenagitation usw.).

Es lassen sich drei Formen des Aufbaues der örtlichen Organisationen unterscheiden:

a) **Stadtorganisation**, bestehend aus Betriebs- und Straßenzellen: den Betriebszellen gehören an die im Betrieb beschäftigten Genossen, soweit wie möglich die Arbeitslosen, die früher in dem Betrieb gearbeitet haben, und einige im Bereiche der Zelle wohnende Parteimitglieder, zwecks Erledigung der Arbeit, die von den in dem Betrieb beschäftigten Genossen nicht erledigt werden können. (Verbreitung von Zeitungen vor dem Betriebe usw.). Alle anderen Genossen gehören zu den Straßenzellen. Genossen, die weit weg von ihrem Arbeitsort wohnen, werden von der Zellengruppenleitung ihres Wohngebietes registriert und Straßenzellen oder Betriebszellen zugeteilt zur Parteiarbeit am Abend und an Feiertagen. Ebenso können sie direkt von der Zellengruppenleitung für bestimmte Parteiarbeit herangezogen werden (als Referent, für Zellengründung, für Herstellung von Agitpropmaterial u. a.).

b) **In den mittleren und kleinen Industriorten**, wo die Arbeiter in der Nähe des Betriebes wohnen, gehören sämtliche Parteimitglieder, auch soweit sie nicht im Betriebe arbeiten, den Betriebszellen an. Jede Zelle ist für die Agitation und Propaganda in bestimmten Straßen oder Häuserblöcken des Wohngebietes verantwortlich und instruiert und leitet die Arbeit der Zellennmitglieder im Wohngebiet. Dieses Beispiel b) findet auch in den Zellengruppen der Städte Anwendung, wo die Industrie konzentriert ist und wo die Mehrzahl der Parteimitglieder der betreffenden Gruppe im Bereich der Gruppe wohnt.

c) **Ländliche**: Sind Betriebe nicht vorhanden, so geschieht bei geringer Mitgliederzahl die direkte Zusammenfassung der Genossen zur Ortsgruppe. Bei größerer Mitgliederzahl werden die Genossen in Guts- oder Straßenzellen, beziehungsweise Häuserblöcken zusammengefaßt. Die Parteimitglieder, die außerhalb arbeiten und dort einer Betriebszelle angehören, werden abends und Sonntags zur Arbeit herangezogen.

Der geschilderte Typus der Organisation ist nicht starr, sondern gibt die Möglichkeit, bei absoluter Beibehaltung der Betriebszellen als Grundlage der Organisation den Organisationsaufbau den besonderen örtlichen Verhältnissen anzupassen.

Es gibt noch immer Genossen, die mit diesen Richtlinien nicht einverstanden sind, teils aus Unverständnis oder sozialdemokratischer Tradition. Diese Genossen sind zwar in Worten für die Betriebszellen, aber doch stärker ist ihre Liebe zur alten Wohnorganisation. Wo ein solches Nebeneinanderbestehen von Betriebszellen und alten Wohnorganisationen führt, das zeitiges folgende Mitteilungen unseres Berichterstatters aus Berlin:

„Es ist ganz und gäbe, daß die Zellennmitglieder die Zellensammlungen verlassen, um zu Versammlungen der Abteilungen zu gehen. An den Tagen, wo eine Versammlung der Abteilung und der Zelle stattfindet, muß die letztere ihre Versammlung auf eine halbe Stunde oder gar auf 10 bis 20 Minuten beschränken. Die Abteilung verlangt von den Parteimitgliedern weit weniger Opfer und verlangt fast keine Aktivität. Es kommt hinzu, daß die Abteilungssabende mit allerlei Lappalien, „persönlichen Fragen“ und sonstigen Kleinigkeiten, die dem Wesen des Parteilebens durchaus fernliegen angefüllt sind.“

Es ist natürlich, daß unter diesen Verhältnissen die Betriebszellen niemals aktiv werden, denn die alte Wohnorganisation macht die Zellenarbeit direkt unmöglich. Am 31. Dezember 1924 wurde in Berlin die Beitragskassierung in zwei Betriebszellen durchgeführt. Im offiziellen Bericht zum Parteitag wird mitgeteilt, daß nämlich, also 6 Monate später, 4 Betriebszellen kassieren. Die Genossen haben uns immer gesagt, man müsse die Reorganisation „vorsichtig“ durchführen. Es scheint uns, daß das schon etwas mehr als Vorsicht ist. Als Ergebnis dieser „vorsichtigen Reorganisation“ stellt die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg fest, daß die Materialverteilung (Flugblätter, Zeitungsabgabe usw.) nur dort wirklich funktioniert, wo eine gute

Wohnorganisation vorhanden ist“. In der Zellenoblenutekonferenz von Groß-Berlin am 29. Juli 1925 protestierten Zellenvertreter dagegen, daß das Flugblatt zum Antikriegstag am 8. August nur von der Wohnbezirksorganisation und nicht durch die Betriebszellen verteilt wird. Der Vertreter der Berliner Bezirksleitung erklärte demgegenüber, daß die Zellenorganisation — im Gegensatz zur Wohnbezirksorganisation — dafür noch nicht genügend vorbereitet sei. Wenn nach zweijährigem Zellaufbau die Zellen nicht einmal Flugblätter zur Verbreitung erhalten, wie soll es dann möglich sein, die Zellen mit Leben zu erfüllen? Bei einer solchen konservativen Einstellung der Parteileitung ist es überhaupt unmöglich, die Zellen zu aktivieren. Bisher wurde alle Schuld für die ungenügende Zellenarbeit auf die Parteimitglieder geschoben. Das genannte Beispiel zeigt zur Genüge, daß die Arbeit der Parteileitung auf das Wohngebiet orientiert ist. Wenn nur die Wohnbezirksorganisation und nicht die Betriebszellen mit Nahrung von den Parteileitungen versorgt werden, dann müssen die Zellen absterben. Wenn verschiedenen Parteileitungen noch immer Genossen angehören, die das nicht verstehen, so ist es notwendig, solche Arbeiter aus den Betrieben in die Parteileitungen zu wählen, die wissen, wie kommunistische Massenarbeit durchgeführt werden soll.

Diese Verhältnisse in der Berliner Organisation sind die Folge der allzu großen Liebe zur alten Wohnorganisation, der Beibehaltung des Schwergewichtes in den Abteilungen, statt in den Zellen, die den Zellaufbau hindert, die Genossen durch unnötige Versammlungsbesuche überlastet und die Reorganisation so kompliziert gestaltet, daß sich die Parteimitglieder zum Teile dagegen wenden. Ohne zielklare und energische Führung ist die Reorganisation nicht möglich.

Was ist der Unterschied zwischen der früheren und der jetzigen Organisation?

Früher wurde Betriebsagitation nur nebenbei durchgeführt,

die Genossen arbeiteten unkontrolliert und auf eigene Faust im Betrieb. In den Funktionär- oder Wohngebietsversammlungen gefaßte Beschlüsse, deren eigentliches Durchführungsgebiet meist die Betriebe waren, blieben auf dem Papier. Die Einheit von Beschlußfassung und Durchführung fehlte. Sämtliche Parteimitglieder waren in der Wohnorganisation zusammengefaßt, dort wurde diskutiert und Beschlüsse gefaßt.

Jetzt sollen die Betriebszellen alle Parteifragen behandeln, denn die Arbeit in den Betrieben ist wichtiger, als im Wohngebiet. Die Betriebszelle ist die untere Parteioption, die alle Aufgaben erfüllt, die früher die Wohnorganisation erledigte. In den Straßenzellen haben nur die Mitglieder volle Pflichten und Rechte, die nicht in Betrieben beschäftigt sind. Auf Anweisung der Zellengruppenleitung können Betriebszellenmitglieder, die weit entfernt vom Wohnort arbeiten, einer Straßenzelle oder Betriebszelle ihres Wohngebietes zur Arbeit am Abend oder Sonntags zugeteilt werden, aber über Parteifragen diskutieren sie dort nicht, das tun sie in der Betriebszelle.

Die Reorganisation erfordert eine Verbesserung der Arbeit der Parteileitungen. Bisher beschränkten sich die Parteileitungen auf allgemeine Anweisungen und auf Direktiven technischer Natur. Die Zellengruppen beschäftigten sich oft nur mit technischen Aufgaben und mit der Beitragskassierung. Jetzt sollen die Parteileitungen tatsächlich die Arbeit der unteren Organisationen führen, instruieren und mithelfen bei der Durchführung der Beschlüsse, die Materialherausgabe auf die Beförderung der Zellen einstellen und die Zellen kontrollieren. Es ist zu diesem Zwecke notwendig, bei allen Bezirksleitungen Organisationsabteilungen zu schaffen und für wichtige Konzerne und Großbetriebe Zellensekretäre anzustellen.

Die Organabteilung der Zentrale muß die Arbeit so organisieren, daß vor allem die Reorganisation in den Bezirken Berlin-Brandenburg, Ruhrgebiet, Wasserkante, Halle-Merseburg, und Schlesien-Oberschlesien unterstützt wird.

## Anweisungen zur Durchführung der Reorganisation

### Namentlich die Fabrik,

die manch einem bloß als Schreckgespenst erscheint, bietet jene höchste Form kapitalistischer Zusammenarbeit, die das Proletariat zusammenzufassen, zu disziplinieren, ihm Organisation beizubringen und es an die Spitze aller übrigen Schichten der werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung zu stellen vermag.“

(Lenin, Sammelband, S. 95.)

### Der Weg zu den Massen

Die KPD. vollführt eine grundlegende Umstellung ihrer bisherigen Taktik und Organisation, eine Umstellung, die den einzigen großen Zweck verfolgt:

die Partei aufs innigste mit den Massen zu verbinden sie zu einem innerlich lebendigen und gesunden Kampfinstrument zu gestalten.

Die Fundamente der Parteioption in die Stätten der Produktion zu verlegen.

ihre Führerkadern von unten bis oben durch neue Kräfte aus den Betrieben aufzufrischen und zu erweitern;

eine Umstellung, die die Voraussetzungen erfüllen soll, daß die KPD. die tatsächliche und anerkannte Führerin der deutschen Arbeiterbewegung wird.

### Eroberung der Betriebe, Eroberung der Gewerkschaften

Das sind die zwei entscheidenden Aufgaben, von deren Lösung es abhängt, ob die Partei ihre historische Mission durchführen kann: sich um alle Nöte und Sorgen der ausgebeuteten und unterdrückten Volksschichten ständig zu kümmern, den Kampf um die Arbeiterforderungen zu organisieren, in allen Kämpfen, seien sie klein oder groß, an der Spitze der Massen zu stehen, dadurch deren unbegrenztes und unbedingtes Vertrauen zu erringen und durch unermüdete Arbeit und Hingabe zu sichern, bis die Millionen der deutschen Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleinbauern bereit sind, unter Führung ihrer Partei, der KPD., für den Sturz des Kapitals und für die Aufrichtung der proletarischen Herrschaft zu kämpfen.

Die Herstellung der Gewerkschaftseinheit und die Organisierung des deutschen Proletariats in den Gewerkschaften ist augenblicklich die dringende Aufgabe der Partei. Sie ist nur zu lösen durch die schnelle und vollständige Umstellung des Parteiparates auf die neue Grundlage der Betriebszellen.

Betriebe und Gewerkschaften hängen in Deutschland so eng zusammen, daß unsere Arbeit in beider, wenn sie Sinn und Erfolg haben soll, nur gleichzeitig und gemeinsam durchgeführt werden kann. Das sagt in eindringlicher Weise auch der Brief der Exekutive der Kommunistischen Internationale an die Partei. Wir stellen deshalb diesen Teil des Briefes des EKKI an die Spitze der Instruktionen, die das Zentralkomitee der KPD. zur praktischen Durchführung der Reorganisation des Parteiparates beschlossen hat:

Was bedeutet für die kommunistische Partei die Erhaltung des Einflusses in den Gewerkschaften in einem solchen Lande wie Deutschland? Das bedeutet vor allen Dingen, Einfluß unter den organisierten Arbeitern in den Fabriken, Betrieben, Bergwerken, Werkstätten, auf den Eisenbahnen, in allen Industrieunternehmungen erkämpfen und diesen Einfluß vertiefen. Irgendeinen nennenswerten ersten Einfluß in den jetzigen deutschen Gewerkschaften kann nur derjenige kommunistische Arbeiter haben, der Einfluß in Betriebe hat. Der Einfluß der Kommunisten gerade aber in den Betrieben ist in der letzten Zeit schwächer geworden, was wir uns nicht zu verheimlichen brauchen. Man muß die einfache Wahrheit begreifen, daß der Kampf der kommunistischen Partei und der Sozialdemokratie um den Einfluß auf die Massen letzten Endes in den Betrieben entschieden wird. Man muß begreifen, daß ein gründlicher und ernstherziger Kampf nicht so sehr auf dieser oder jener Versammlung erobert wird, vielmehr durch lange und beständige Arbeit unter den Massen in den Betrieben. Man muß begreifen, daß der Hauptfehler der deutschen Kommunisten in der letzten Zeit darin besteht, daß sie allzusehr Aufmerksamkeit auf die „parlamentarischen“ Fragen und allzuwenig Aufmerksamkeit der Arbeit in den Betrieben gewidmet haben. Wie haben die russischen Bolschewisten seinerzeit die richtigen Lorbeeren auf den „Konferenz-Versammlungen“ in den Comités des Parlaments usw., während sie selbst zu den Massen gingen in die Fabriken und in die Betriebe, und durch jahrelange Arbeit in den Betrieben, in den Tiefen der Arbeitermassen die Mehrheit der Arbeiterklasse auf ihre Seite brachten.

Reden wir weniger davon, daß die kommunistische Partei Deutschlands die einzige Arbeiterpartei ist! Handeln wir um so mehr, damit durch eine unermüdete jahrelange Arbeit innerhalb der Arbeiterschaft für uns gewonnen wird.

Die besten Parteigenossen der Kommunistischen Partei Deutschlands in die Betriebe und von dort in die Gewerkschaften!

Eine lange Ausdauer und die Bereitschaft, jahrelang die einfachste alltägliche Arbeit unter den Massen zu leisten, um Einfluß für ihre Partei zu erobern — das ist es, was die deutschen Kommunisten brauchen!

Zur Durchführung der Gewerkschaftsarbeit ist eine geschlossene organisatorische Umstellung der Partei im der Organisationsbeschlüsse des letzten Parteitages erforderlich. Die auf dem Parteitag in Berlin beschlossenen Statuten und Organisationsrichtlinien müssen aufs reiflichste verwirklicht werden. Die organisatorische Umstellung der Partei hängt eng mit der politischen zusammen.

Ihre gemeinsame Richtlinie besteht in der Verlegung des Schwergewichts der gesamten politisch-organisatorischen Arbeit der Partei in die Betriebe mit dem Ziel, die Massen Arbeiter in den Betrieben zu erobern.

### Was ist sofort zu tun?

Zur Durchführung der Beschlüsse des Parteitages in der Organisationsfrage und um die Einheitlichkeit im organisatorischen Aufbau der Partei zu gewährleisten, hat das Zentralkomitee die nachfolgenden Anweisungen beschlossen. In ihnen sind die einzelnen Maßnahmen angegeben, wie sie im Prozeß der Umstellung von allen Leitungen durchzuführen sind. Einzelne Bezirke und Stadtorganisationen werden unter Berücksichtigung der Struktur ihres Gebietes diese Anweisungen noch ergänzen müssen.

Im Arbeitsplan der Bezirke, Unterbezirke, Ortsgruppen müssen die einzelnen Schritte zur Reorganisation selbstverständlich im Rahmen der laufenden Arbeiten der Partei festgelegt werden,

wobei die Hauptkräfte zuerst auf die wichtigsten Industrie- oder Gewerbebetriebe zu konzentrieren sind.

Für die Durchführung der einzelnen Maßnahmen: Registrierung, Schaffung von Zellen, (Betriebszellen und Straßenzellen), Einführung der Beitragskassierung, Bildung von Zellengruppen, Umstellung von Ortsgruppen, Unterbezirke usw. sind Termine zu setzen. Die Innehaltung dieser Termine ist zu kontrollieren.

Bei der Durchführung der Reorganisation besteht die wichtigste Aufgabe jeder Leitung in der Politisierung der Zellen: Alle Arbeiten, auch die Kampagnen der Partei, müssen in erster Linie von den Zellen durchgeführt werden. Das ist nur möglich, wenn die Parteileitung dafür sorgt, daß in den Zellensammlungen wirklich zu allen Parteifragen Stellung genommen wird; wenn sie die Zellen regelmäßig mit Material und guten Referenten versorgt. Von besonderer Bedeutung ist zur guten Durchführung dieser Aufgabe die Schaffung eines Instrukteursstabes bei jeder Leitung, der aus den befähigsten Genossen bestehen muß.

Der gesamten Mitgliedschaft muß der Sinn und die Bedeutung der Organisationsbeschlüsse des 10. Parteitages durch eine breite ideologische Kampagne über die Rolle der Partei und die bolschewistischen Organisationsprinzipien klar gemacht werden. Die innerparteiliche Diskussion über den Brief der Exekutive muß dazu führen, daß jedes Parteimitglied die absolute politische Notwendigkeit der raschen Umstellung erkennt.

Alle Ortsgruppen, alle Betriebszellen, alle Genossen, die gute Beispiele und Erfahrungen aus der eigenen Praxis bei der Betriebszellen- und Reorganisationsarbeit mitteilen können, sei es in der Mitgliederversammlung oder durch die Parteipresse, der Funktionärblätter, des „Parteiarbeiters“, nichts als solche aufzuheben und überzeugenden Beispiele aus dem Leben der Partei.

Das Zentralkomitee fordert jeden Genossen auf, seine ganze Kraft für die rasche Bolschewisierung unseres Parteiparates einzusetzen. Durch die Verbindung der Anstrengungen der Leitungen und der Initiative der Gesamtmittglieder, besonders der Genossen in den Betrieben, wird es gelingen, das vom Parteitag gesteckte Ziel, die Umstellung des jetzigen Wohnapparates auf die neue Grundlage der Betriebszellen zu erreichen.







## Wöchentliche Beilage für die Org.-Arbeit im Bezirk Schlesien

### Die organisatorischen Aufgaben der KPD.

#### Die Reorganisation auf Basis der Betriebszellen

(Schluß)

Aus den Berichten der Parteioffiziere geht hervor, daß trotz verhältnismäßig günstiger Voraussetzungen (zum Beispiel geringe Arbeitslosigkeit) im allgemeinen ein Rückgang der Betriebszellenarbeit zu verzeichnen ist. Dies ist anersichtens vor allem die Folge der Vernachlässigung der Zellenarbeit durch die Parteileitungen. Bei der Zentrale der KPD. und bei den Bezirksleitungen wurden keine Organisationsaufgaben zur systematischen Führung der Organisationsarbeit geschaffen. Dort, wo die Leitungen planmäßig arbeiten, sind auch Erfolge der Reorganisation zu verzeichnen. In Erzgebirge-Vogtland bestehen zum Beispiel 330 Betriebszellen, von denen in 264 die Beiträge kassiert werden. In Württemberg wird von 145 Betriebszellen in 116 kassiert, in Thüringen von 176 in 162, während in Berlin nur in vier von 626 Betriebszellen, in Halle-Merseburg in sieben von 71, in Wasserkante in 15 von 290 und im Ruhrgebiet in 29 von 122 Betriebszellen kassiert wird. Der zweite Hauptfehler besteht darin, daß ein großer Teil der Parteileitungen, infolge Orientierung auf die Arbeit im Wohngebiet, eine schwankende Stellung zur Reorganisation einnehmen. Auch in der Parteipolitik ist die Durchführung der Reorganisation noch nicht klar formuliert. Unter Le bis g wird gesagt, daß Betriebszellen und Straßenzellen bestehen sollen, und daß alle Mitglieder einer Betriebszelle in ihrem Wohngebiet durch die Zellengruppenleitung registriert und zur Erledigung der Arbeit im Wohngebiet zusammengeführt werden. Diese Formulierung darf nicht bedeuten, daß außer den Betriebs- und Straßenzellen noch eine dritte Organisation in Form von Arbeitsgruppen geschaffen werden soll. Außerdem wird gesagt, daß in Arbeitsplänen festgelegt werden soll, inwieweit die einzelnen Zellen zur Kassierung übergehen. Zur Klärung dieser Fragen wollen wir im folgenden nochmals zusammenfassend darstellen, wie die Reorganisation auf Grund der Beschlüsse der Komintern geschehen soll:

Jedes Parteimitglied ist verpflichtet, an seiner Arbeitsstätte mit den Parteigenossen in Verbindung zu treten, beziehungsweise Parteimitglieder zu werben und eine Zelle zu gründen. Jede Betriebszelle führt sofort nach ihrer Gründung die Beitragskassierung durch und beschäftigt sich mit allen Fragen der Parteiarbeit. Die Aktivisierung der Zellen und die Schaffung von Zellen in den Großbetrieben, in denen wir schwach sind, ist nur möglich, wenn die Parteileitungen die Zellen systematisch instruieren, praktisch beim Aufbau mithelfen, Material und Redner zur Verfügung stellen und dafür sorgen, daß für die Betriebsberichte in der Tagespresse ein größerer Raum als bisher zur Verfügung steht. Die Parteileitungen sollen die verschiedenen Zweige der Partei vor allem unter dem Gesichtswinkel der Betriebe führen (Gewerkschaft, Genossenschaft, Frauenagitation usw.).

Es lassen sich drei Formen des Aufbaues der örtlichen Organisationen unterscheiden:

a) **Stadtorganisation.** bestehend aus Betriebs- und Straßenzellen: den Betriebszellen gehören an: die im Betrieb beschäftigten Genossen, soweit wie möglich die Arbeitslosen, die früher in dem Betrieb gearbeitet haben, und einige im Bereiche der Zelle wohnende Parteimitglieder, zwecks Erledigung der Arbeiten, die von den in dem Betrieb beschäftigten Genossen nicht erledigt werden können. (Verbreitung von Zeitungen vor dem Betriebe usw.); Alle anderen Genossen gehören zu den Straßenzellen. Genossen, die weit weg von ihrem Arbeitsort wohnen, werden von der Zellengruppenleitung ihres Wohngebietes registriert und Straßenzellen oder Betriebszellen zugehört zur Parteiarbeit am Abend und an Feiertagen. Ebenso können sie direkt von der Zellengruppenleitung für bestimmte Parteiarbeit herangezogen werden (als Referent, für Zellengründung, für Herstellung von Agitpropmaterial u. a.).

b) **In den größeren und kleinen Industrieorten,** wo die Arbeiter in der Nähe des Betriebes wohnen, gehören sämtliche Parteimitglieder, auch soweit sie nicht im Betriebe arbeiten, den Betriebszellen an. Jede Zelle ist für die Agitation und Propaganda in bestimmten Straßen oder Häuserblocks des Wohngebietes verantwortlich und instruiert und leitet die Arbeit der Zellengruppen in der Stadt an. Dieses Beispiel b) findet auch in den Zellengruppen der Städte Anwendung, wo die Industrie konzentriert ist und wo die Mehrzahl der Parteimitglieder der betreffenden Gruppe im Bereich der Gruppe wohnt.

c) **Länderteile:** Sind Betriebe nicht vorhanden, so geschieht bei geringer Mitgliederzahl die direkte Zusammenfassung der Genossen zur Ortsgruppe. Bei größerer Mitgliederzahl werden die Genossen in Guts- oder Straßenzellen, beziehungsweise Häuserblocks zusammengefaßt. Die Parteimitglieder, die auswärts arbeiten und dort einer Betriebszelle angehören, werden abends und Sonntags zur Arbeit herangezogen.

Der geschilderte Typus der Organisation ist nicht starr, sondern gibt die Möglichkeit, bei absoluter Beibehaltung der Betriebszellen als Grundlage der Organisation den Organisationsaufbau den besonderen örtlichen Verhältnissen anzupassen.

Es gibt noch immer Genossen, die mit diesen Richtlinien nicht einverstanden sind, teils aus Unverständnis oder sozialdemokratischer Tradition. Diese Genossen sind zwar in Worten für die Betriebszellen, aber noch stärker ist ihre Liebe zu allen Wohnorganisationen. Wofan das Nebeneinanderbestehen von Betriebszellen und allen Wohnorganisationen führt, das zeigen folgende Mitteilungen unseres Berichterstatters aus Berlin:

„Es ist gang und gäbe, daß die Zellengruppenleiter die Zellensammlungen verlassen, um zu Versammlungen der Abteilungen zu gehen. An den Tagen, wo eine Versammlung der Abteilung und der Zelle stattfindet, muß die letzte ihre Versammlung auf eine halbe Stunde oder gar auf 10 bis 20 Minuten beschränken. Die Abteilung verlangt von den Parteimitgliedern weit weniger Opfer und verlangt fast keine Aktivität. Es kommt hinzu, daß die Abteilungsabende mit allerlei Leppereien, persönlichen Fragen“ und sonstigen Kleinigkeiten, die dem Wesen des Parteilebens durchaus fernliegen ausgefüllt sind.“

Es ist natürlich, daß unter diesen Verhältnissen die Betriebszellen niemals aktiv werden, denn die alte Wohnorganisation macht die Zellenarbeit direkt unmöglich. Am 31. Dezember 1924 wurde in Berlin die Beitragskassierung in zwei Betriebszellen durchgeführt. Im offiziellen Bericht zum Parteitag wird mitgeteilt, daß mancher, also 6 Monate später, 4 Betriebszellen kassieren. Die Genossen haben uns immer gesagt, man müsse die Reorganisation „vorsichtig“ durchführen. Es scheint uns, daß das schon etwas mehr als Vorsicht ist. Als Ergebnis dieser „vorsichtigen Reorganisation“ stellt die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg fest, „daß die Materialverteilung (Flugblätter, Zeitungsabgabe usw.) nur dort wirklich funktioniert, wo eine gute

Wohnorganisation vorhanden ist“. In der Zellenoblenkoneferenz von Groß-Berlin am 29. Juli 1925 protestierten Zellenvorleiter dagegen, daß das Flugblatt zum Antikriegstag am 8. August nur von der Wohnbezirksorganisation und nicht durch die Betriebszellen verteilt wird. Der Vertreter der Berliner Bezirksleitung erklärte demgegenüber, daß die Zellenorganisation — im Gegensatz zur Wohnbezirksorganisation — dafür noch nicht genügend vorbereitet sei. Wenn nach zweijährigem Zellaufbau die Zellen nicht einmal Flugblätter zur Verbreitung erhalten, wie soll es dann möglich sein, die Zellen mit Leben zu erfüllen? Bei einer solchen konservativen Einstellung der Parteileitung ist es überhaupt unmöglich, die Zellen zu aktivieren. Bisher wurde alle Schuld für die ungenügende Zellenarbeit auf die Parteimitglieder geschoben. Das genannte Beispiel zeigt zur Genüge, daß die Arbeit der Parteileitung auf das Wohngebiet orientiert ist. Wenn nur die Wohnbezirksorganisation und nicht die Betriebszellen mit Nahrung von den Parteileitungen versorgt werden, dann müssen die Zellen sterben. Wenn verschiedene Parteileitungen noch immer Genossen angehören, die das nicht verstehen, so ist es notwendig, solche Arbeiter aus den Betrieben in die Parteileitungen zu wählen, die wissen, wie kommunistische Massenarbeit durchgeführt werden soll.

Diese Verhältnisse in der Berliner Organisation sind die Folge der allzu großen Liebe zur alten Wohnorganisation, der Beibehaltung des Schwergewichtes in den Abteilungen, statt in den Zellen, die den Zellaufbau hindert, die Genossen durch unnötige Versammlungsbesuche überlastet und die Reorganisation so kompliziert gestaltet, daß sich die Parteimitglieder zum Teile dagegen wenden. Ohne zielklare und energische Führung ist die Reorganisation nicht möglich.

Was ist der Unterschied zwischen der früheren und der jetzigen Organisation?

Früher wurde Betriebsagitation nur nebenbei durchgeführt.

die Genossen arbeiteten unkontrolliert und auf eigene Faust im Betriebe. In den Funktionär- oder Wohnbezirksversammlungen gefaßte Beschlüsse, deren eigentliches Durchführungsgelände die Betriebe waren, blieben auf dem Papier. Die Einheit von Beschlußfassung und Durchführung fehlte. Sämtliche Parteimitglieder waren in der Wohnorganisation zusammengefaßt, dort würde diskutiert und Beschlüsse gefaßt.

Jetzt sollen die Betriebszellen alle Parteifragen behandeln, denn die Arbeit in den Betrieben ist wichtiger, als im Wohngebiet. Die Betriebszelle ist die untere Parteioffiziere, die alle Aufgaben erfüllt, die früher die Wohnorganisation erledigte. In den Straßenzellen haben nur die Mitglieder volle Pflichten und Rechte, die nicht in Betrieben beschäftigt sind. Auf Anweisung der Zellengruppenleitung können Betriebszellenmitglieder, die weit entfernt vom Wohnort arbeiten, einer Straßenzelle oder Betriebszelle ihres Wohngebietes zur Arbeit am Abend oder Sonntags zugeteilt werden, aber über Parteifragen diskutieren sie dort nicht, das tun sie in der Betriebszelle.

Die Reorganisation erfordert eine Verbesserung der Arbeit der Parteileitungen. Bisher beschränkten sich die Parteileitungen auf allgemeine Anweisungen und auf Direktiven technischer Natur. Die Zellengruppen beschäftigten sich oft nur mit technischen Aufgaben und mit der Beitragskassierung. Jetzt sollen die Parteileitungen tatsächlich die Arbeit der unteren Organisationen führen, instruieren und mithelfen bei der Durchführung der Beschlüsse, die Materialherausgabe auf die Beförderung der Zellen einstellen und die Zellen kontrollieren. Es ist zu diesem Zwecke notwendig, bei allen Bezirksleitungen Organisationsabteilungen zu schaffen und für wichtige Konferenzen und Großbetriebe Zellensekretäre anzustellen.

Die Orgabteilung der Zentrale muß die Arbeit so organisieren, daß vor allem die Reorganisation in den Bezirken Berlin-Brandenburg, Ruhrgebiet, Wasserkante, Halle-Merseburg, und Schlesien-Oberschlesien unterstützt wird.

### Anweisungen zur Durchführung der Reorganisation

#### Namentlich die Fabrik,

die manchem bloß als Schreckgespenst erscheint, bietet jene höchste Form kapitalistischer Zusammenarbeit, die das Proletariat zusammenzufassen, zu disziplinieren, ihm Organisation beizubringen und es an die Spitze aller übrigen Schichten der werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung zu stellen vermag.“

(Lenin, Sammelband, S. 95.)

#### Der Weg zu den Massen

Die KPD. vollführt eine grundlegende Umstellung ihrer bisherigen Taktik und Organisation, eine Umstellung, die den einzigen großen Zweck verfolgt:

die Partei aufs innigste mit den Massen zu verbinden sie zu einem innerlich lebendigen und gesunden Kampfinstrument zu gestalten.

die Fundamente der Parteiorganisation in die Stätten der Produktion zu verlegen.

ihre Führerkadrs von unten bis oben durch neue Kräfte aus den Betrieben aufzuzureisen und zu erweitern;

eine Umstellung, die die Voraussetzungen erfüllen soll, daß die KPD. die tatsächliche und anerkannte Führerin der deutschen Arbeiterbewegung wird.

#### Eroberung der Betriebe, Eroberung der Gewerkschaften

Das sind die zwei entscheidenden Aufgaben, von deren Lösung es abhängt, ob die Partei ihre historische Mission durchführen kann: sich um alle Nöte und Sorgen der ausgebeuteten und unterdrückten Volksschichten ständig zu kümmern, den Kampf um die Arbeiterforderungen zu organisieren, in allen Kämpfen, seien sie klein oder groß, an der Spitze der Massen zu stehen, dadurch deren unbegrenztes und unbedingtes Vertrauen zu erringen und durch unermüdete Arbeit und Hingabe zu sichern, bis die Millionen der deutschen Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleinbauern bereit sind, unter Führung ihrer Partei, der KPD., für den Sturz des Kapitals und für die Aufrichtung der proletarischen Herrschaft zu kämpfen.

Die Herstellung der Gewerkschaftseinheit und die Organisation des deutschen Proletariats in den Gewerkschaften ist augenblicklich die dringendste Aufgabe der Partei. Sie ist nur zu lösen durch die schnelle und vollständige Umstellung des Parteiapparates auf die neue Grundlage der Betriebszellen.

Betriebe und Gewerkschaften hängen in Deutschland so eng zusammen, daß unsere Arbeit in beiden, wenn sie Sinn und Erfolg haben soll, nur gleichzeitig und gemeinsam durchgeführt werden kann. Das sagt in eindringlicher Weise auch der Brief der Exekutive der Kommunistischen Internationale an die Partei. Wir stellen deshalb diesen Teil des Briefes des EKKI. an die Spitze der Instruktionen, die das Zentralkomitee der KPD. zur praktischen Durchführung der Reorganisation des Parteiapparates beschlossen hat:

„Was bedeutet für die Kommunistische Partei die Erhöhung des Einflusses in den Gewerkschaften in einem solchen Lande wie Deutschland? Des bedeutet vor allen Dingen, Einfluß unter den organisierten Arbeitern in den Fabriken, Betrieben, Bergwerken, Werkstätten, auf den Eisenbahnen, in allen Industrieunternehmungen erkämpfen und diesen Einfluß vertiefen. Irgendeinen nennenswerten ersten Einfluß in den jetzigen deutschen Gewerkschaften kann nur derjenige kommunistische Arbeiter haben, der Einfluß im Betriebe hat. Der Einfluß der Kommunisten gerade aber in den Betrieben ist in der letzten Zeit schwächer geworden, was wir uns nicht zu verheimlichen brauchen. Man muß die einfache Wahrheit begreifen, daß der Kampf der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratie um den Einfluß auf die Massen letzten Endes in den Betrieben entschieden wird. Man muß begreifen, daß ein gründlicher und erster Einfluß, nicht so sehr auf dieser oder jener Versammlung erobert wird, vielmehr durch lange und beständige Arbeit unter den Massen in den Betrieben. Man muß begreifen, daß der Hauptfehler der deutschen Kommunisten in der letzten Zeit darin besteht, daß sie allzuviel Aufmerksamkeit den „hohen“, „parlamentarischen“ Fragen und allzuwenig Aufmerksamkeit der Arbeit in den Betrieben gewidmet haben.

Wie haben die russischen Bolschewisten seinerzeit die Massen erobert? Sie überließen den Menschewisten ruhig ihre Lorbeeren auf den „Konzert-Versammlungen“ in den Gänge des Parlaments usw., während sie selbst zu den Massen gingen in die Fabriken und in die Betriebe, und durch jahrelange Arbeit in den Betrieben, in den Tiefen der Arbeitermassen die Mehrheit der Arbeiterklasse auf ihre Seite brachten.

Reden wir weniger davon, daß die Kommunistische Partei Deutschlands die einzige Arbeiterpartei ist! Handeln wir um so mehr, damit durch eine unermüdete jahrelange Arbeit innerhalb der Arbeiterschaft für uns gewonnen wird.

Die besten Parteigenossen der Kommunistischen Partei Deutschlands in die Betriebe und von dort in die Gewerkschaften!

Eine lange Ausdauer und die Bereitschaft, jahrelang die einfachste alltägliche Arbeit unter den Massen zu leisten, um Einfluß für ihre Partei zu erobern — das ist es, was die deutschen Kommunisten brauchen!

Zur Durchführung der Gewerkschaftsarbeit ist eine entschlossene organisatorische Umstellung der Partei im Sinne der Organisationsbeschlüsse des letzten Parteitages erforderlich. Die auf dem Parteitag in Berlin beschlossenen neuen Statuten und Organisationsrichtlinien müssen aufs rascheste verwirklicht werden. Die organisatorische Umstellung der Partei hängt eng mit der politischen zusammen.

Ihre gemeinsame Richtlinie besteht in der Vorlegung des Schwergewichts der gesamten politisch-organisatorischen Arbeit der Partei in die Betriebe mit dem Ziel, die Massen der Arbeiter in den Betrieben zu erobern.

#### Was ist sofort zu tun?

Zur Durchführung der Beschlüsse des Parteitages in der Organisationsfrage und um die Einheitlichkeit im organisatorischen Aufbau der Partei zu gewährleisten, hat das Zentralkomitee die nachfolgenden Anweisungen beschlossen. In ihnen sind die einzelnen Maßnahmen angegeben, wie sie im Prozeß der Umstellung von allen Leitungen durchzuführen sind. Einzelne Bezirke und Stadtorganisationen werden unter Berücksichtigung der Struktur ihres Gebietes diese Anweisungen noch ergänzen müssen.

Im Arbeitsplan der Bezirke, Unterbezirke, Ortsgruppen müssen die einzelnen Schritte zur Reorganisation selbstverständlich im Rahmen der laufenden Arbeiten der Partei festgelegt werden,

wobei die Hauptkräfte zuerst auf die wichtigsten Industrieorte bzw. Betriebe zu konzentrieren sind.

Für die Durchführung der einzelnen Maßnahmen: Registrierung, Schaffung von Zellen, (Betriebszellen und Straßenzellen), Einführung der Beitragskassierung, Bildung von Zellengruppen, Umstellung von Ortsgruppen, Unterbezirke usw. sind Termine zu setzen. Die Innehaltung dieser Termine ist zu kontrollieren.

Bei der Durchführung der Reorganisation besteht die wichtigste Aufgabe jeder Leitung in der Politisierung der Zellen: Alle Arbeiten, auch die Kampagnen der Partei, müssen in erster Linie von den Zellen durchgeführt werden. Das ist nur möglich, wenn die Parteileitung dafür sorgt, daß in den Zellensammlungen wirklich zu allen Parteifragen Stellung genommen wird; wenn sie die Zellen regelmäßig mit Material und guten Referenten versorgt. Von besonderer Bedeutung ist zur guten Durchführung dieser Aufgabe die Schaffung eines Instrukteursstabes bei jeder Leitung, der aus den befähigsten Genossen bestehen muß.

Der gesamten Mitgliedschaft muß der Sinn und die Bedeutung der Organisationsbeschlüsse des 10. Parteitages durch eine breite ideologische Kampagne über die Rolle der Partei und die bolschewistischen Organisationsprinzipien klar gemacht werden. Die innerparteiliche Diskussion über den Brief der Exekutive muß dazu führen, daß jedes Parteimitglied die absolute politische Notwendigkeit der raschen Umstellung erkennt.

Alle Ortsgruppen, alle Betriebszellen, alle Genossen, die gute Beispiele und Erfahrungen aus der eigenen Praxis bei der Betriebszellen- und Reorganisationsarbeit mitteilen können, müssen sie zur Kenntnis der Gesamtmemberschaft bringen, sei es in der Mitgliederversammlung oder vermittelt der Parteipresse, der Funktionärblätter, des „Parteiabteilens“. Nichts ist geeigneter, die Umstellung der Partei schneller zu fördern, als solche aufernden und überzeugenden Beispiele aus dem Leben der Partei.

Das Zentralkomitee fordert jeden Genossen auf, seine ganze Kraft für die rasche Bolschewisierung unseres Parteiapparates einzusetzen. Durch die Verbindung der Anstrengungen der Leitungen und der Initiative der Gesamtmemberschaft, besonders der Genossen in den Betrieben, wird es gelingen, das vom Parteitag gesteckte Ziel, die Umstellung des jetzigen Wohnapparates auf die neue Grundlage der Betriebszellen zu erreichen.







